

Sozialdemokratischer Pressedienst

Verantwortlicher und Chefredakteur:
Erich Müllinghaus, Berlin.
Telefonnummer: Zwei Dreiundzwanzig vier vier vier



Abdruck für Berlin und Umgebung:
Berlin O 21, Zehn-März-Platz 6
Druckverlag: Gopelverlag

Die Herstellung erfolgt im Colléverlag.

Der Inhalt ist nur auf Grund besonderer Zusicherung geschützt. Nachdruck ist verboten & Straftat nach dem Urheberrecht, wenn nicht anders ausdrücklich in der Mitteilung für jede Seite ist.

Berlin, den 15. Dez. 1931

Int'l. Institut
Soz. Geschiedenis
Amsterdam

Neue Danatprojekte.

Opfer des Reiches. - Privatkapitalistische Führung.

SPD. Am 13. Juli hat das Reich mit der Uebernahme seiner Bürgschaft die vorläufige Fortführung der Darmstädter und Nationalbank gesichert. Jetzt steht die Reichsregierung vor der Aufgabe, aus dieser provisorischen Hilfe eine definitive neue Regelung zu machen. Diese Aufgabe ist noch vergrößert worden durch die unmittelbar darauf folgende Stützung der Dresdner Bank durch eine grosse Kapitalbeteiligung des Reiches. Auf Grund dieser starken Hilfsstellungen, die das Reich dem privaten Bankgewerbe gegeben hat, wäre es jetzt möglich, einen grossen Teil des deutschen Kreditbankwesens neu zu gestalten unter massgeblichem öffentlichen Einfluss und auf diese Weise die Opfer, die das Reich für die Aufrechterhaltung des Kreditsystems gebracht hat, auf lange Sicht nutzbar zu machen einer Stärkung des öffentlichen Einflusses auf die künftige Gestaltung und Führung eines wichtigen Teiles der deutschen Bankenwirtschaft. Gegenüber dieser klaren Zielsetzung, deren praktische Verwirklichung natürlich in ihren technischen Einzelheiten keine ganz einfache Aufgabe ist, haben sich leider innerhalb und ausserhalb der Reichsregierung von Anfang an die Anschauungen in den Vordergrund gedrängt, die entgegen dieser Stärkung des Reichseinflusses das Hauptziel, im besonderen bei der mit grossen industriellen Engagements stark belasteten Danatbank in der Wiederherstellung einer rein privatkapitalistischen Basis erblickt haben.

Aus diesem Geiste war zunächst das Projekt hervorgegangen, die von den Grossaktionären der Danatbank und ihren Geschäftsinhabern zur Verfügung gestellten und die im Portefeuille der Bank befindlichen eigenen Aktien an ein industrielles Konsortium zu begeben, wobei die industriellen Käufer zwar einen bestimmten Kurs für die Zukunft garantieren sollten, das Reich aber seinerseits die Mittel für die Uebernahme auf Jahre durch einen zinslosen Kredit zur Verfügung stellen sollten. Nach einer scharfen Kritik, die dieses Projekt der Uebergabe der Danatbankmehrheit auf Reichskosten an die Grossindustrie besonders, von unserer Seite gefunden hat, ist es allmählich davon ruhig geworden, ohne dass die Öffentlichkeit allerdings jemals mit hinreichender Klarheit erfahren hat, ob die bezüglichen Vorverträge endgültig erledigt oder nur suspendiert worden sind.

In dem gleichen Halbdunkel der Verhandlungen zwischen privaten Bankinteressen und der Bürokratie des Reichsfinanzministeriums ist nun offenbar ein neuer Plan für die Zukunft der Danatbank ausgeheckt worden. Nach verschiedenen Veröffentlichungen in der Fachpresse scheint der Plan dahin zu gehen, dass die Danatbank mit der Commerz- und Privatbank fusioniert wird. Anstelle einer viel leicht zweckmässigen Verbindung des lebensfähigen Depositengeschäftes der Danatbank mit der künftig unter wesentlichem Reichseinfluss stehenden Dresdner Bank wird also der Anschluss an die rein privatwirtschaftlich erhaltene Commerz- und Privatbank betrieben. Man sollte annehmen, dass dieser Weg vom Standpunkt des Reiches nur dann einen Reiz bieten könnte, wenn es auf diese

Weise aus der übernommenen Haftung für die Schulden der Danatbank herauskommen könnte, ohne Verluste zu erleiden. Das jetzt erörterte Projekt sieht aber ganz anders aus. Nachdem, was man bis jetzt über die schwebenden Pläne gehört hat, wird zwar angestrebt, die Ausfallhaftung des Reiches für die Gesamtverbindlichkeiten der Danatbank zu beseitigen, dafür aber soll das Reich eine Garantie für den Wert der Vermögensbestände der Danatbank, die auf die Commerzbank übergehen sollen, übernehmen. Man spricht von der Schaffung eines Treuhänderfonds durch das Reich, dem ein Betrag von 200 - 300 Millionen Mark in Schatzanweisungen zur Deckung von etwaigen Ausfällen bei der Abwicklung der von der Danatbank auf die Commerzbank zu überführenden Aktiven dienen soll. Auf der anderen Seite heisst es, dass die Aktien der alten Danatbank-Aktionäre wieder den neuen Uebernehmer (ob das das Reich oder die Industriegesellschaften wären, ist unklar) im Verhältnis von 1:1 in Commerzbank-Aktien umgetauscht werden sollen.

Wir wissen nicht, wie weit diese Pläne bereits einen offiziellen Charakter tragen. Der Reichsfinanzminister hat im Hauptausschuss des Reichstags erklärt, dass noch nicht entschieden sei. Um so notwendiger erscheint es uns, mit aller Deutlichkeit und aller Klarheit in der Öffentlichkeit zum Ausdruck zu bringen, dass uns dieser Weg vollkommen ungangbar erscheint. Selbst wenn wir einmal von der grundsätzlichen Frage der geplanten Rückführung des vom Reich geretteten Instituts in eine vollkommen privatkapitalistische Organisation absehen, bleibt die Vorstellung vollkommen unerträglich, dass das Reich für einige hundert Millionen Verluste, die sich bei der Abwicklung der Aktiven der Danatbank offenbarnach der Schätzung des Treuhänders ergeben können, einspringen soll, während die Aktionäre der Bank, bei der doch zum mindesten Aktienkapital und Reserven verloren zu sein scheinen, von dem Verlust durch den Umtausch in Commerzbank-Aktien befreit werden sollen.

Sicherlich ist es erstrebenswert, das Reich von der im Juli übernommenen allgemeinen Ausfallhaftung allmählich wieder loszulösen. Aber die Verluste haben zunächst einmal die Aktionäre und die Geschäftsinhaber mit ihrem Gesamtvermögen zu tragen, und dann erst können möglicherweise Zuschüsse des Reiches auf Grund der übernommenen Haftung unvermeidlich werden. Ein Schutz der Aktionäre und Geschäftsinhaber einer verwirtschafteten Bank auf Kosten des Reiches, das ist wirklich mehr als man in dieser Zeit der allgemeinen Senkungsaktionen den Steuerzahlern zumuten darf!

Auf keinen Fall ist es anständig, dass überhaupt derartige höchst bedenkliche Geschäftspläne auf dem reinen verwaltungswege im Zusammenwirken von kapitalistischen Privatinteressenten und Ministerialbürokratie zur Erledigung kommen. Es genügt auch nicht, dass die Öffentlichkeit von diesen Plänen überhaupt nur durch gelegentliche Veröffentlichungen erfährt, von denen man nie weiss, inwieweit sie nur den Charakter von Versuchsballons tragen. Wir halten es für unerlässlich, dass diese Dinge, bei denen es sich um grundsätzlich wichtige Fragen der Neugestaltung des Bankwesens handelt und bei denen Hunderte von Millionen von öffentlichen Mitteln unter Umständen engagiert werden, endlich aus der Sphäre der Geheimverhandlungen, bei der die Interessenten keineswegs gemeinschaftliche Ziele verfolgen, herausgelöst wird. Wahrscheinlich wäre es das Richtigste, zunächst einmal die Gesamtheit dieser Pläne schnellstens von einem für diesen Zweck eingesetzten Ausschuss des Reichswirtschaftsrates begutachten zu lassen. Wenn man dann auf Grund eines solchen Gutachtens von einem Gremium, das die Interessenten hört, aber nicht selbst aus Beteiligten zusammengesetzt ist, zu bestimmten Vorschlägen kommt, dann müssten diese Vorschläge, bevor das Reich neue finanzielle Verpflichtungen übernimmt, immer noch zum mindesten dem Hauptausschuss des Reichstags vorgelegt werden, wenn schon der normale Weg der Gesetzgebung versperrt zu sein scheint.

SPD. Braunschweig, 15. Dez. (Eig. Drahtb.)

In Braunschweig haben die studentischen Korporationen einen zweitägigen Hörstreik beschlossen. Dieser Streik hat folgende Vorgeschichte:

Der Vorsitzende der nationalsozialistischen Studentenschaft Schaffeldt hatte mit einem bulgarischen Studenten Stojanoff im Braunschweiger Studentenheim einen Streit, in dem der Bulgare u. a. sagte, dass eine bestimmte Studentin sich wie ein Dienstmädchen benehme. Ausserdem sei der Führer der Studentenschaft ein Sauboche. Der Bulgare bestreitet, den Ausdruck "Sauboche" gebraucht zu haben und hält lediglich die Äusserung über eine Studentin aufrecht. Anstatt dass die jungen Menschen ihren Streit unter sich ausmachten, hat der nationalsozialistische Student die Angelegenheit in die Öffentlichkeit gezerrt. Seit Monaten finden deshalb Versammlungen über das Verhalten des Bulgaren statt. Rektor und Senat der Hochschule wurden bemüht. Nach eingehender Untersuchung durch den Prorektor Professor Mühlenpfordt wurde dem Studenten Stojanoff ein Verweis erteilt und ihm das weitere Betreten des Studentenheims untersagt. Damit war die nationalsozialistische Studentenschaft nicht zufrieden. Sie hat auch die Landtagsfraktion der Nationalsozialisten mobil gemacht und diese hat jetzt folgenden Antrag im Landtag gestellt:

"Der Landtag wolle beschliessen: Das Staatsministerium wird ersucht, den an der hiesigen Technischen Hochschule studierenden Bulgaren Stojanoff wegen seiner unerhörten Beschimpfung und Beleidigung deutscher Volksgenossen aus dem Freistaat Braunschweig ausweisen zu lassen."

Der Rektor Professor Schmitz hat der Studentenschaft folgendes Schreiben gesandt: "Ihrer Bitte, zu dem Beschluss der braunschweiger Studentenschaft in Sachen Stojanoff Stellung zu nehmen, entspreche ich wie folgt: Der Vorsitzende der Braunschweiger Studentenschaft hat es trotz genauer Kenntnis der Akten unterlassen, die Braunschweiger Studentenschaft darüber aufzuklären, dass der juristische Berater der Technischen Hochschule, Herr Landgerichtsdirektor Professor Dr. Saeger, ein ausführliches Gutachten über die vom Prorektor, Herrn Professor Mühlenpfordt, durchgeführte Disziplinaruntersuchung an mich gerichtet hat, das für meine Entscheidung bezüglich der Bestrafung des Herrn Stojanoff massgebend gewesen ist. Er hat ferner die Studentenschaft in dem Glauben gelassen, dass der Verweis an Stojanoff wegen der beleidigenden Äusserung "Boche" erteilt sei, während aus den Akten ganz klar hervorgeht, dass dieser Verweis sich nur auf die beleidigende Äusserung über eine deutsche Studentin bezieht und dass die Anklage, den Ausdruck "Boche" gebraucht zu haben, als nicht hinreichend bewiesen fallen gelassen war. Auf diese Weise war es möglich, dass die Studentenschaft eine Entschliessung fasste, die sich in ihrer Kritik an den Massnahmen des Herrn Prorektors durchaus vergreift und für die ich daher der Braunschweiger Studentenschaft meine schärfste Missbilligung ausspreche. Das Gutachten unseres juristischen Beraters bleibt für solange bindend, bis durch den Herrn Minister für Volksbildung die Wiederaufnahme des Verfahrens wieder angeordnet wird."

Daraufhin haben die Studenten den zweitägigen Hörstreik beschlossen.

SPD. Immer, wenn in Frankreich der Zeitpunkt der Neuwahlen näher heranrückt, steigert sich nicht nur im Lande, sondern auch im Parlament die Aktivität der Oppositionsparteien. Es wird alles daran gesetzt, das am Ruder befindliche Kabinett zu stürzen, um selbst die Wahlen "machen" zu können. Unter diesem parlamentarisch-technischen Ausdruck versteht man in Frankreich natürlich nicht jene groben Fälschungen und Terrorakte, die in den Balkanstaaten üblich sind, sondern es handelt sich darum, den Verwaltungsapparat zu beherrschen, dem allerhand legale Möglichkeiten zur Beeinflussung der Wählerschaft offenstehen. Vor allem gilt es, das Ministerium des Innern fest in der Hand zu haben, das die Präfekten und Unterpräfekten ernennt, Orden verleiht und auf die

Verteilung der Verkaufsstelle der Tabakregie massgeblichen Einfluss besitzt. Ein solcher gesteigerter Kampf gegen die Regierung Laval hat neuerdings in der französischen Kammer eingesetzt. Mit sozialistischer Unterstützung setzen die Radikalen unter Führung von Herriot und Daladier alles daran, die Regierung Laval zu stürzen, die eine ausgesprochene Rechtsregierung ist. Ob dieser Kampf Erfolg haben wird, lässt sich im Augenblick noch nicht mit Bestimmtheit voraussagen, doch muss man schon jetzt feststellen, dass die Mehrheit der Regierung in den letzten Tagen stark zusammengeschrumpft ist. Sie betrug bei einer Abstimmung in der Nacht zum Dienstag nur noch 28 Stimmen, nachdem sie zwei Tage zuvor 31 Stimmen und vor einer Woche noch 58 Stimmen betragen hatte.

Diese zuletzt erwähnte Abstimmung bezog sich auf die skandalösen Vorgänge bei der Sprengung der internationalen Kundgebung für die Abrüstung im Pariser Trocadéro-Saal. Bei dieser Debatte hat sich der Riss zwischen dem Kabinett und der Linken endgültig vollzogen und so vertieft, dass eine Ueberbrückung der Gegensätze bis zu den Frühjahrswahlen nunmehr unmöglich erscheint. Der Ministerpräsident Laval hat sich bei dieser Gelegenheit überaus ungeschickt verhalten, er hat nicht den Mut gehabt, auch nur ein Wort des Bedauerns und der Verurteilung gegen die nationalistischen Skandalmacher zu sagen, vielleicht fürchtete er den Abfall eines Teils der Nationalisten, falls er öffentlich von ihren Sturtrupps abgerückt wäre. Die einzigen Worte der Verurteilung, die über seine Lippen kamen, richteten sich ausgerechnet gegen die abrüstungsfreundlichen Veranstalter der Kundgebung, die fremde Staatsmänner und Diplomaten in diese peinliche Situation gebracht hätten! Dieses klägliche Verhalten wurde sofort von den radikalen und sozialistischen Rednern gebührend festgenagelt und Herriot verkündete feierlich, dass es von nun an gegenüber einer solchen Regierung nur noch erbitterten Kampf geben könne. In den folgenden Tagen hat die Linke diese Drohung wahr gemacht, und es ist ihr gelungen, immer mehr Abgeordnete dem Kabinett abspenstig zu machen. Jetzt genügt nur noch eine Verschiebung um 15 Stimmen, um das Kabinett zu stürzen.

Im vergangenen Sommer, als der nationalistische Flügel der Mehrheit gegen die Zustimmung zum Hooverschen Schuldenfeierjahr rebellierte, waren es die Sozialisten, die im höheren Interesse der aussenpolitischen Entspannung Lavals Regierung retteten. Seitdem hat sich aber trotz persönlichen guten Willens Laval immer mehr dem Druck der Rechten gefügt. Sowohl hinsichtlich der Weltabrüstungskonferenz wie auch bezüglich der neuen Reparationsverhandlungen vertritt die französische Regierung einen engherzigen Standpunkt, dessen Durchführung alle Versuche der europäischen Verständigung unter Ueberwindung der Weltwirtschaftskrise auf das stärkste gefährden würden. Es wäre deshalb vom internationalen Standpunkt sehr zu begrüßen, wenn diese Regierung, die unter nationalistischem Druck steht, sobald wie möglich das Feld räumen müsste. Allerdings darf man sich nicht darüber täuschen, dass in dem gegenwärtigen Parlament eine klare Mehrheit für die Linke nicht vorhanden ist. Das haben die beiden kurzlebigen Experimente unter Chautemps und Steeg bewiesen. Ob sich also bei einem Sturz Lavals ein Linkskabinett bis zu den Wahlen im April halten können, ist zumindest zweifelhaft. Aber nach allen bisherigen Ergebnissen der Ersatz- und sonstigen Wahlen in letzter Zeit ist es so gut wie sicher, dass spätestens im kommenden Frühjahr das unselige Uebergewicht der nationalistischen und reaktionären Mehrheit, die seit 1928 über Frankreich und damit über ganz Europa lastet, gebrochen sein wird.

SPD. Chemnitz, 15. Dezember (Eig. Drahtb.)

Der Sächsische Landtag wird sich am Mittwoch mit einer Anzahl sozialdemokratischer Anträge beschäftigen, die fast ausnahmslos die unhaltbaren Zustände in der Chemnitzer Polizei behandeln.

Ein Antrag der Sozialdemokratischen Fraktion behandelt folgenden bezeichnenden Vorgang: Ein junger Arbeiter wurde von Nationalsozialisten im Zentrum

der Stadt überfallen und blutig geschlagen. Der Überfallene flüchtete in der Schänkraum des Ratsweinkellers. Die Nazis verfolgten den Arbeiter dorthin und misshandelten ihn zum zweiten Male. Das Personal versuchte vergeblich den Geschlagenen zu schützen. Hakenkreuzgeschmückte Gäste schriegen: "Schlagt den Hund tot!" Erst die herbeigerufene Polizei befreite das Opfer aus den Händen der Nazis. Das Chemnitzer Polizeipräsidium hat es nicht für nötig befunden, über diesen Vorgang der Presse einen Bericht zu übermitteln.

An einem der letzten Sonntage hielten 120 SA-Leute feldmarschmässig ausgerüstet im sogenannten Zeisigwald bei Chemnitz Übungen ab. Dies geschah unter dem Schutz der Chemnitzer Polizei, die in Stärke von einem Offizier und 8 Männ für "Ordnung" sorgten. Spaziergänger durften nicht einmal öffentliche Wege benutzen, weil diese von den Nazis zu Übungszwecken benötigt wurden.

Wie in Braunschweig, so massen sich auch in Chemnitz SS-Leute Polizeigewalt an. Aufschluss darüber gibt ein Prozess, der dieser Tage vor dem Chemnitzer Schöffengericht verhandelt wurde. Ein Postschaffner, der morgens gegen 4 Uhr zum Dienst ging, wurde in der Dunkelheit von uniformierten SS-Leuten überfallen, niedergeschlagen und so schwer verletzt, dass er 10 Wochen dienstunfähig war. Vor Gericht gaben die angeklagten SS-Leute an, es sei Aufgabe der Schutzstaffel, auf verdächtige Personen Obacht zu geben und sie in besonderen Fällen nach Waffen zu untersuchen. Der Überfallene wurde in der Nähe eines Nazi-Verkehrslokals misshandelt. Die Wirtin des Lokals, die sich an der Misshandlung beteiligte, sagte als Angeklagte aus, dass mit Wissen der Polizei in ihrem Lokal die ganze Nacht über Betrieb sei. Die SS halte sich darum bei ihr auf, um ihr Lokal gegen Andersdenkende zu schützen. Trotz der Notverordnung vom Oktober hat das Chemnitzer Polizeipräsidium bisher nichts getan, um diesem Nazinest die Überschreitung der Polizeistunde zu verbieten.

Alle diese Dinge werden Mittwoch und Donnerstag im Sächsischen Landtag zur Sprache gebracht werden, um die Behauptung der Sozialdemokratie zu erhärten, dass die republikanische Bevölkerung in Chemnitz infolge der Passivität des Polizeipräsidioms nahezu schutzlos den Hakenkreuzhorden ausgeliefert ist.

SPD. Die Preussische Staatsregierung hat sich in der Nacht vom Montag zu Dienstag bis 4 Uhr morgens mit Sparmassnahmen befasst, die frühestens in der nächsten Woche auf dem Wege der Notverordnung verwirklicht werden sollen. Die Beratungen des Kabinetts über den Inhalt der Verordnung sind abgeschlossen. Die Ausarbeitung der einzelnen Massnahmen wurde den Ressorts übertragen.

Die neue preussische Notverordnung sieht vor allem entsprechend der letzten Notverordnung der Reichsregierung eine Kürzung der Gehälter usw. vor. Ausserdem sind zahlreiche Massnahmen zur Herabsetzung der Verwaltungsausgaben in Aussicht genommen. U.a. werden 40 Oberförster abgebaut. Geschlossen werden sämtliche Staatstheater bis auf das Opernhaus und das Schauspielhaus in Berlin, sämtliche pädagogischen Akademien bis auf sechs. Ausserdem werden 30 - 40 kleine Amtsgerichte zusammengelegt. Die anfänglich geplante Herabsetzung der Altersgrenze der Beamten von 65 auf 62 Jahre ist fallen gelassen worden. Auch die gemeldete Aufteilung zahlreicher Landkreise hat das Kabinett nicht beschlossen. Zunächst soll der preussische Innenminister prüfen, welche Kreise ohne wirtschaftliche Gefahren aufgelöst und mit anderen Landkreisen verschmolzen werden können. Die Schlachtsteuer hat bis jetzt ebenfalls noch nicht die Zustimmung des Kabinetts gefunden. Vielmehr wurde der Finanzminister beauftragt, darüber zunächst noch bestimmte Erwägungen anzustellen.

SPD. Paris, 15. Dezember (Eig. Drahtb.)

Die französische Aussenhandelsbilanz für den Monat November weist ein Defizit von 506 Millionen Francs auf (Einfuhr 2 891 Millionen, Ausfuhr 2 385 Millionen Francs). Für die Monate Januar bis November ergibt sich damit ein Defizit von über 11 Milliarden Francs (Einfuhr 39,4 Milliarden, Ausfuhr 28,3 Milliarden Francs).

SPD. Die Besprechung der gewerkschaftlichen Spitzenverbände und Beamtenebünde, die am 14. Dezember 1931 beim Reichskanzler stattfand, galt den verhängnisvollen Auswirkungen der Notverordnung auf die Lage der Arbeitnehmerschaft und der Beamten. An der Besprechung nahmen auch der Arbeits-, der Finanz- und der Wirtschaftsminister teil.

Die Gewerkschaftsvertreter führten insbesondere aus, dass die Notverordnung die Arbeitnehmer und Beamten vor allem deshalb schwer belastete, weil die Preissenkung der Lohn- und Gehaltssenkung nicht vorangehe. Sie verwahrten sich ferner gegen die durch die Notverordnung festgelegte Sonderbehandlung der Bergarbeiter und der Gemeinde- und Staatsarbeiter, durch die der Lohn dieser Arbeitergruppen zum Teil erheblich unter den Stand vom 10. Januar 1927 herabsinke. Nachdem die Reichsregierung den Weg der Deflationspolitik beschritten und Löhne und Gehälter auf den Stand vor der Rationalisierung zurückgedrückt habe, müsse die Regierung nunmehr die Preissenkung auf der ganzen Linie schnell und durchgreifend in die Wege leiten und alle Tarifverträge für allgemeinverbindlich erklären.

Der Reichskanzler erklärte, die Notverordnung sei ein einheitliches Ganzes. Ihr Erfolg sei gewiss, wenn alle Kräfte der Wirtschaft auf die Preissenkung konzentriert würden. Die anwesenden Ressortminister gingen auf die besonderen Fragen ihres Arbeitsgebietes ein. Der Arbeitsminister erklärte sich zur Hilfeleistung beim Aufbau der Tarifverträge bereit.

SPD. Paris, 15. Dezember (Eig. Drahtb.)

Die sozialistische Kammerfraktion befasste sich am Dienstag mit dem Gesetzentwurf der Wahlrechtskommission der Kammer, der die Abschaffung des zweiten Wahlganges bei den Kammerwahlen vorsieht, wenn die Kandidaten im ersten Wahlgang mindestens 40, statt bisher 50 Prozent der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt haben. Am Mittwoch beginnt in der Kammer die Debatte darüber. Die sozialistische Fraktion beschloss einstimmig, sich dem Gesetzentwurf mit allen geschäftsordnungsmässigen Mitteln zu widersetzen. Sie sieht in ihm ein Attentat auf das allgemeine Wahlrecht durch Abschaffung des Mehrheitsrechts und der Ablehnung jedes Verhältnis-Wahlsystems!

SPD. Der Reichspräsident dürfte einem Wunsche der Reichsregierung folgend am Neujahrstage durch Rundfunk eine Ansprache an das Deutsche Volk halten. Die Ansprache soll vom Palais des Reichspräsidenten aus übermittelt und auf alle deutschen Sender übertragen werden.

SPD. Basel, 15. Dezember (Eig. Drahtb.)

Der Sonderausschuss der BIZ nahm am Dienstag einen Bericht des Reichsbahndirektors Dr. Homberger über die Lage der deutschen Reichsbahn entgegen. Es wurde ein Unterausschuss unter dem Vorsitz von Rydbeck eingesetzt, der die Lage der Reichsbahn prüfen und ergänzende Aufschlüsse zu dem Exposé Dr. Hom-

bergers beschaffen soll. Ferner wurde ein Unterkomitee unter dem Vorsitz von Colijn gebildet, das sich mit den auf das Budget des Reichs beziehenden Fragen beschäftigen soll. Ein drittes Unterkomitee, das unter dem Vorsitz von Beneduce steht, soll die Vorfragen über die Abfassung des Berichts des Sonderausschusses entscheiden.

Es verlautet hier, dass die Konferenz der Regierungen für den 15. Januar nach Brüssel einberufen werden wird.

SPD. Der Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes nahm am Dienstag zur Notverordnung Stellung. Seine Kritik, sein Protest und seine Forderungen wurden in folgender bedeutsamen Entschliessung zusammengefasst:

"Der Bundesausschuss stellt fest, dass die Regierung in der Notverordnung die wiederholten ernstesten Warnungen der Gewerkschaften unberücksichtigt gelassen und statt dessen den von den Arbeitgebern erhobenen Forderungen nachgegeben hat. Die schwerwiegenden Bedenken gegen einen allgemeinen Lohnabbau bestehen unvermindert fort, umso mehr, als in den Massnahmen zum Abbau der Preise keinerlei Bürgschaft für einen auch nur annähernden Ausgleich der Kaufkraftminderung zu erblicken ist. Insbesondere müssen die Ausnahmebestimmungen gegen die Arbeiter des Kohlen- und Kali-Bergbaues und der in öffentlichen Betrieben und Körperschaften beschäftigten Arbeitnehmer entschieden bekämpft werden. Dass zu der allgemeinen Lohnsenkung auch noch eine starke Einschränkung der Leistungen der Sozialversicherung hinzutritt, zeigt, dass die schwersten Opfer wiederum der Arbeiterschaft aufgebürdet werden.

Niemand kann ein grösseres Interesse am wirtschaftlichen Wiederaufstieg Deutschlands, an politischer Beruhigung und an der Erhaltung eines geordneten Staatslebens haben als die Arbeiterschaft. Es sind aber stärkste Zweifel berechtigt, ob die Notverordnung das deutsche Volk diesem Ziele näher führen wird.

Nachdem trotz aller Warnungen vor den sozialen und wirtschaftlichen Gefahren der in der Notverordnung gezeichnete Weg gegangen wird, lehnen die Gewerkschaften jede Verantwortung für die aus der Lohn- und Gehaltssenkung ohne Vorleistung einer durchgreifenden Preissenkung sich ergebenden Folgen nachdrücklich ab. Jedoch fordert der Bundesausschuss von der Regierung, dass nunmehr alle dem Preisabbau dienenden Massnahmen nicht weniger rücksichtslos durchgeführt werden als die ausserordentlichen Eingriffe in den Lohnstand und in das kollektive Arbeitsrecht. Die Gewerkschaften werden von sich aus alle Anstrengungen machen, auf einen fühlbaren Preisabbau hinzuwirken. Weiter verlangt der Bundesausschuss, dass schnellstens ein grosszügiges Arbeitsbeschaffungsprogramm durchgeführt wird zur endlichen Entlastung des Arbeitsmarktes und zur Behebung der Arbeitslosennot.

An die Arbeiterschaft in den Betrieben richtet der Bundesausschuss - unter Hinweis auf die nach dem 30. April 1932 zu erwartende Einschränkung der Verbindlichkeitserklärungen - die Aufforderung zu erhöhter Kampfbereitschaft. Die in Aussicht genommene Lockerung des Schlichtungswesens muss zwangsläufig zu einer Steigerung der Arbeitskämpfe führen. Deshalb gilt es, für diese Kämpfe schon jetzt zu rüsten durch Festigung und Ausbau der Gewerkschaften."

SPD. Paris, 15. Dezember (Eig. Drahtb.)

Die Kammer beriet am Dienstag über einen von der Arbeitskommission entworfenen Vorschlag betreffend den Schutz der französischen Arbeiter gegen die ausländische Konkurrenz. Der Gesetzesvorschlag besteht aus acht Artikeln und sieht vor, dass in den Bau-, Liefer- und Konzessionsverträgen, die vom Staat, den Departements oder Gemeinden abgeschlossen werden, der Prozentsatz der auf den Baustellen bzw. in den Unternehmen beschäftigten ausländischen Ar-

beiter im Einvernehmen mit den zuständigen amtlichen Stellennachweisen festgestellt werden soll. Im allgemeinen soll der Prozentsatz fünf nicht überschritten werden, während bisher 10 Prozent gestattet waren, die meistens überschritten wurden. Für private Unternehmungen soll der Prozentsatz der ausländischen Arbeiter durch Verordnungen bestimmt werden. Jeder Unternehmer, der eine höhere Zahl von Ausländern beschäftigt als für seinen Betrieb festgesetzt ist, soll zu Geldstrafen von 5 bis 15 Francs pro Tag und pro Arbeiter verurteilt werden.

Die Debatte begann mit einer Rede des Arbeitsministers Landry, der einen Überblick über die Zahl der ausländischen Arbeiter in Frankreich und die bisher ergriffenen Massnahmen zur Verminderung der Einwanderung gab. Der Minister erklärte, dass zurzeit in ganz Frankreich 2 891 000 ausländische Arbeiter beschäftigt seien. Diese Zahl erscheine vielleicht sehr hoch, aber man dürfe nicht vergessen, dass Frankreich eine grosse Zahl dieser Arbeitskräfte gerufen und sogar in einigen Ländern rekrutiert habe. Ohne sie hätte die französische Grubenindustrie und die Landwirtschaft nicht auskommen können. Viele dieser Arbeiter seien auch heute noch trotz der Krise nötig, weil die Franzosen sich weigerten, gewisse niedrige Arbeiten zu verrichten oder weil die nötigen französischen Spezialarbeiter fehlten. Es wäre daher verkehrt, überhaupt die Beschäftigung ausländischer Arbeiter zu verbieten. Im letzten Jahre habe eine starke Rückwanderung ausländischer Arbeiter wegen mangelnder Beschäftigung eingesetzt. Andererseits seien die Einwanderungsbestimmungen verschärft worden. In der Industrie würden nur noch ausländische Arbeiter zugelassen wenn festgestellt ist, dass die entsprechenden französischen Arbeiter nicht zur Verfügung stehen. Infolgedessen sei die Einwanderungsziffer in den ersten zehn Monaten dieses Jahres auf 25 000 gesunken, während sie in der entsprechenden Zeit des Jahres 1930 noch 120 000 betragen habe. In den letzten beiden Wochen seien nur noch etwa 1 000 ausländische Arbeiter eingewandert, während mehrere tausend Frankreich wieder verlassen hätten. Die bisherigen Massnahmen seien aber zum Schutz der französischen Arbeiter noch nicht ausreichend. Daher habe die Arbeitskommission der Kammer im vollen Einverständnis mit der Regierung den neuen Gesetzesvorschlag ausgearbeitet.

Nach dem Minister verteidigte der Berichterstatter der Arbeitskommission die Vorlage.

SPD. Die Zentrumsfraktion des Reichstags nahm am Dienstag einen Bericht des Reichskanzlers Dr. Brüning und des Reichsarbeitsministers Dr. Stegerwald entgegen. Die Aussprache ergab, dass die Fraktion geschlossen zur Politik des Kanzlers und der Regierung steht. Die Fraktion erwartet von den kommenden internationalen Verhandlungen, dass sie durch Befreiung Deutschlands von untragbaren Lasten die Grundlage zur Lösung der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise schaffen.

SPD. Graz, 15. Dezember (Eig. Drahtb.)
In dem Grazer Hochverrats-Prozess wurde am Dienstag das Verhör der Angeklagten zu Ende geführt. Die Zivilisten unter den Angeklagten gaben antimilitaristische Phrasen von sich, die Offiziere erklärten, dass sie sich um Politik nie gekümmert, sondern nur einem Befehl gehorcht hätten. Dann wurden Akten verlesen. Dabei kam heraus, dass als Vorwand zum Putsch eine falsche Meldung ausgegeben worden war, nach der es im Inntal zu blutigen Zusammenstössen gekommen sein sollte. Es war bisher jedoch nicht festzustellen, ob die Meldung von Pfriemer oder von Lamberg diktiert wurde. Die Proklamation der Putschisten an die Bevölkerung will Pfriemer gar nicht gelesen haben, sie sei schon 1929

vorbereitet worden. Der Verfassungsentwurf sei genau nach dem Rezept des damaligen Bundeskanzlers ausgearbeitet worden.

Am Mittwoch wird mit den Zeugenvernehmungen begonnen werden. Der steirische Landeshauptmann Rintelen soll zum Schluss vernommen werden.

SPD. In dem Berliner Prozess gegen die nationalsozialistischen Mordbuben aus der Hufelandstrasse ergeben sich immer stärkere und zwingendere Beweise für die Planmässigkeit des Mordkomplotts der SA, dem in der Sylvesternacht 1930/31 zwei Sozialdemokraten zum Opfer fielen.

Diesem Ergebnis der bisherigen Beweisaufnahme Rechnung tragend, stellte am Schluss der Dienstagsitzung der Rechtsanwalt des Nebenklägers, Dr. Joachim, mehrere Beweisanträge, die von der Staatsanwaltschaft aufgenommen wurden. U.a. sollen Hauptmann a.D. Stennes, Sturmführer Janson sowie mehrere andere SA-Männer und Funktionäre bezeugen, dass sich die Mörder vor und nach der Tat mit ihren Gesinnungsfreunden besprochen haben, dass ein feststehender Fluchtplan bestanden hat und Hauptmann Stennes, damals oberster Führer der Berliner SA, von dem Mord der Hauschke, Becker und Kollatz aus ihrem eigenen Mund erfahren hat. Die Nationalsozialistin Erika Wirth soll bekunden, dass ein Angriff auf das Geschäft von Schneider beabsichtigt war und in ihrer Gegenwart von Becker, Kollatz und Hauschke verabredet wurde.

Der erste Zeuge, der in der Dienstagsitzung vernommen wurde, war der Vater des feige ermordeten Willi Schneider, dessen klare, über jedem Zweifel erhabene Aussage eine vernichtende Abrechnung mit der Verlogenheit dieser Nazi-gesellen bedeutete, die es selbst in dieser Stunde übers Herz bringen konnten, feige und zynisch zu grinsen. Der Zeuge wandte sich eingangs gegen die nationalsozialistischen Zwecklügen, dass in seinem Geschäft in der Sylvesternacht eine Reichsbannerversammlung stattgefunden habe und betont, dass nur einige wenige Freunde und Bekannte bei ihm zu Gäste waren. Er schilderte dann die ständigen planmässigen Provokationen der Nazis, die sich immer wieder vor dem Schneiderschen Geschäft sammelten, schwer bewaffnet die harmlos Feiernden bedrohten und schliesslich völlig grundlos den draussen alleinstehenden Reichsbannermann Pasewalk brutal niederschlugen. Bestellte Nazihetzer im Hintergrund putschten die alkoholisierten Banditen auf, sodass Willi Schneider, als die Nazis mit Schiessen drohten, Polizei und Reichsbanner alarmierte. Als die händellüsternen SA-Leute schliesslich zurückgedrängt waren, gingen Schneider und seine Gäste in das Lokal zurück. Einige Zeit später schlich sich Becker in die Wohnung und schoss kaltblütig und überlegt Willi Schneider nieder. Vater Schneider, der während der Mordtat nicht im Lokal war, hörte den Schuss, kurz danach einen Aufschrei, stürzte in den Laden und sah seinen Sohn blutüberströmt am Boden liegen. Er lief auf die Strasse und rief: "Wo sind die Hunde, die meinen Sohn ermordet haben?" Auf der Strasse stiess der Zeuge auf ein weiteres Opfer, das sterbend in seinem Blut lag. Es war der sozialistische Bankbeamte Graf, den Hauschke in dunkler Nacht wie Freiwild abgeknallt hatte. Dass die Nationalsozialisten auf Totschlag ausgingen, beweist ein Erlebnis, das der von den Nazis misshandelte Reichsbannermann Pasewalk kurz vor der Bluttat hatte. Ihm wurde auf der Strasse schlecht. Der angeklagte Kollatz kam ihm mit mehreren Komplizen entgegen und rief: "Kotz Dich noch mal aus, Du Schweinehund! Dank machen wir Dich fertig!"

Die Mutter des ermordeten Willi Schneider kann nur unter grosser Bewegung sprechen. Sie schildert, dass Becker mit den Händen in der Tasche in die Wohnung eindrang, Wohn- und Schlafstube durchwühlte, Willi's Jackett vom Bett nahm und an die Erde warf und auf ihre Frage, warum er in die Wohnung eingedrungen sei, antwortete: "Das geht Sie garnichts an!" Als Willi zurückkam, rief ihm seine Mutter zu: "Der Mann dort hat unsere Wohnung durchsucht!" "Was, wie kommt er dazu?" erwiderte Willi. Worauf Becker, ohne irgendwie be-

droht worden zu sein, eine Pistole zog, auf Schneider anlegte und ihn niederschoss, worauf der Mörder schleunigst das Weite suchte. Willi rief noch: "Mutter, mein Leib, mein Leib" und brach dann, aus dem Munde blutend, zusammen. Der Zeuge Fritz Heinrich, der als völlig Unbeteiligter zufällig vorüberkam, befand sich mit seiner Braut auf dem Heimwege. Er sah Becker in den Laden eindringen und hörte den Schuss, der Willi tödlich traf. Heinrich stand dicht vor dem Laden, neben dem kurz darauf erschossenen Bankbeamten Graf und wollte Graf gerade auffordern, die gefährliche Gegend zu verlassen, als ein weiterer Schuss ertönte und Graf taumelnd zu Boden fiel. Die Mordschützen riefen: "Da haben wir ja den Falschen erwischt", gaben einen zweiten Schuss ab und liefen in Richtung Friedrichshain davon. Der Ausruf: "Da haben wir ja einen Falschen erwischt" kann nur so verstanden werden, dass die Kugel, die Graf tötete, eigentlich dem Vater Schneider galt.

Der Reichsbannermann Walter Heinrich, übrigens nicht mit dem vorher genannten Zeugen verwandt, war in der Wohnung von Schneider, als der Mord geschah. Er kam aus den hinteren Räumen nach vorgelaufen und sah, wie Becker auf Willi Schneider anlegte. Dabei rief Becker: "Du Strolch, auf Dich habe ich ja schon lange gewartet!" Frau Lawacki, ebenfalls Gast bei Schneider, war mit der Mutter in der Wohnung, als Becker eindrang. Sie bekundet, dass der Mörder mit unbeschreiblicher Frechheit hereingekommen sei. Die Zeugin hatte den Eindruck, dass der Mord an Willi Schneider eine überlegte, lange vorbereitete Tat war, die mit Spontanität nichts zu tun hatte.

Als bei der Schilderung der Tat die zahlreich im Gerichtssaal anwesenden Nazis in ein brüllendes Gelächter ausbrechen, wird der Vorsitzende sehr ehergisch und droht den Unruhestiftern mit Ausweisung. Dann zerstörten auch die weiteren Zeugen, völlig neutrale Beobachter und Polizeibeamte, Punkt für Punkt alle Chancen der Verteidigung.

SPD. Torgau, 15. Dezember (Eig. Drahtb.)

In der Stadt und im Kreise Torgau nahm die Polizei in den letzten Tagen zahlreiche Haussuchungen nach Waffen vor. Es wurden erhebliche Bestände an Pistolen, Mieß- und Stichwaffen gefunden und beschlagnahmt. Die Haussuchungen erfolgten, nachdem der Polizei bekannt geworden war, dass in nächster Zeit Anschläge gegen Geschäftsleute und wohlhabende Bürger geplant waren. Entsprechendes schriftliches Material konnte beschlagnahmt werden. Es beruht offenbar auf Anweisungen der Berliner KPD-Zentrale.

Insgesamt sind im Zusammenhang mit den Waffenfunden bisher 7 Personen verhaftet worden, die sämtlich Mitglieder der KPD sind. Die Ermittlungen sind noch nicht abgeschlossen.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt:

Am Dienstag-Vormittag um 10 Uhr trat im Gebäude des Reichswirtschaftsrats zu Berlin zum ersten Male die Unterkommission I der deutsch-französischen Wirtschaftskommission zusammen, die sich mit den Fragen der Handelsbeziehungen und der privaten Industrievereinbarungen zwischen den beiden Ländern zu befassen hat. - Nach einleitenden Begrüßungsworten von Staatssekretär Trendelenburg schritt die Kommission zur Wahl von Berichterstattern. auf französischer Seite wurde Duchemin, auf deutscher Seite für die Unterkommission I a (Handelsbeziehungen) Ministerialdirektor Ernst vom Reichsfinanzministerium, für die Unterkommission I b (private Industrievereinbarungen) Direktor Karl Lange zum Berichterstatter bestellt.

Alsdann ging die Kommission unter Leitung ihrer beiden Vorsitzenden, auf deutscher Seite Staatssekretär von Simson, auf französischer Seite Präsi-

dent Fougère, zu den sachlichen Erörterungen über. Es fand eine Generalaus-
sprache statt, bei der die Auffassungen der beiden Seitendargelegt wurden. An-
gesichts einer gewissen Gegensätzlichkeit der Auffassungen in der Frage der
Konfingentierung wurde von beiden Seiten der Wille zum Ausdruck gebracht,
gemeinsam nach Möglichkeiten und Mitteln zu suchen, um diese Schwierigkeiten
unter Rücksichtnahme auf die gegenseitigen Interessen zu überwinden.

Die Unterkommission hat sich für die weiteren Erörterungen in ihre beiden
Unterausschüsse geteilt, von denen der Ausschuss Ib Nachmittags unter dem
Vorsitz der Herren Lammers und Laurent zusammentrat. Man beschäftigte sich
insbesondere mit der Untersuchung der Frage, auf welchen Warengebieten und mit
welchen Methoden die in vielen Industriezweigen bereits bestehenden privat-
wirtschaftlichen Vereinbarungen ausgebaut und vermehrt werden können. Dabei
kam das Bestreben zum Ausdruck, auf diesem Wege auch etwa bestehende handels-
politische Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen. Der Mittwoch wird durch in-
terne Besprechungen und eine Sitzung des Unterausschusses Ia ausgefüllt werden

SPD. Karlsruhe, 15. Dezember (Eig. Drahtb.)
Dieser Tage wurde auf Schloss Rosenberg bei Wiesloch eine Haussuchung vor-
genommen, über die jetzt amtlich folgendes mitgeteilt wird:

"Der Polizei wurde gemeldet, dass der Gesandte z. D. von Reichenau zu
einer Zusammenkunft eingeladen hatte, die dazudienen sollte, eine aufklärende
Aussprache über die Politik des Nationalsozialismus herbeizuführen. Gleich-
zeitig wurde durch ein vervielfältigtes politisches Schreiben des Fürsten
Eulenburg-Hertefeld in Liebenberg (Mark) in den Kreis des mittleren und Gross-
grundbesitzes für den Nationalsozialismus geworden. Diesem Schreiben lag auch
die Niederschrift einer Besprechung mit Adolf Hitler in München bei. Nach den
Mitteilungen, die der Polizei gemacht wurden, war anzunehmen, dass die Ziele
der nationalsozialistischen Bewegung auch unter dem Gesichtspunkt ihrer prak-
tischen Durchführung erörtert würden, und dass die Zusammenkunft möglicher-
weise auch als unerlaubte politische Versammlung angesehen werden musste. Die
politische Polizei schritt deshalb zu näheren Feststellungen, über deren Er-
gebnis eine Auskunft erst nach Durchsicht des vorgefundenen umfangreichen
politischen Materials gegeben werden kann.

Gegenüber anders lautenden Äusserungen namentlich der nationalsozialisti-
schen Presse sei festgestellt, dass die Durchführung der Polizeiaktion bei
aller Gründlichkeit durchaus in den Formen erfolgte, die den berechtigten In-
teressen Rechnung trug."

SPD. Madrid, 15. Dezember (Eig. Drahtb.)
Der mit der Regierungsbildung beauftragte Ministerpräsident Azana hat den
ersten Auftrag an den Staatspräsidenten zurückgegeben, nachdem insbesondere
die Radikalen bei den Verhandlungen hinsichtlich der Agrarreform und der Kon-
trolle der Betriebe zahlreiche Schwierigkeiten machten. Azana erhielt darauf
hin den Auftrag, ein Kabinett aus Sozialisten und dem linken Flügel der Republi-
kaner zu bilden.

SPD. Nanking, 15. Dezember (Eig. Drahtb.)
Das Zentral-Exekutivkomitee der Kuomintang bestimmte am Dienstag den Prä-
sidenten des gesetzgebenden Rates Linsen zum Nachfolger Tschiankaischeks als
Präsident der chinesischen Republik.

SPD. Warschau, 15. Dezember (Eig. Draht)

Die am Dienstag nach mehrtägiger Pause wieder aufgenommenen Verhandlungen gegen die Opfer von Brest-Litowsk begannen mit der Rede eines der beiden Anklagevertreter Staatsanwalt Rause, dem die schwere Aufgabe zufiel, angesichts der kompromittierenden Ergebnisse der Beweisaufnahme das gegenwärtige Regime zu entlasten und die Anklage aufrecht zu erhalten. Die Rede des Staatsanwaltes fiel demgemäss gänzlich farblos und uninteressant aus, da sie keinerlei Unterstützung aus der Beweisaufnahme schöpfen konnte. Der Redner unterstellte den Angeklagten, dass sie aus persönlichen Rachegefühlen gegen die gegenwärtigen Herrscher in Polen in die Opposition gegangen seien. Zur Entlastung des Maiumsturzes Pilsudskis erklärte er, dass eine siegreiche Revolution nicht bestraft werde, sondern dass ihr noch ein Lorbeerkranz gehöre, denn die Siege in Revolutionen würden zu Herrschern. Bestraft würden nur diejenigen, denen eine Revolution misslinge.

Die Anklagerede des Staatsanwaltes wird am Mittwoch fortgesetzt. Das Urteil ist aller Voraussicht nach gegen den 10. Januar zu erwarten.

SPD. Budapest, 15. Dezember (Eig. Draht)

In Budapest ist man davon überzeugt, dass General Schill nicht Selbstmord begangen hat, sondern ermordet wurde, weil er über die Beziehungen des Heeresministers zu den Putschisten und zu den reichsdeutschen Fememördern gut unterrichtet war.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören)

Mittwoch-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Glossen

ERSCHEINT NACHBEDARF

Man stelle sich vor...

SPD. Man stelle sich das folgende vor: Die Kommunistische Partei zieht eine neue Organisation auf, die sie Sturmcorps (S.C.) nennt. Sie beteuert, dass der einzige Zweck der neuen Organisation der Schutz der eigenen Versammlungen, die Erfassung von Erwerbslosen und die körperliche Ertüchtigung der Jugend sei. Sie engagiert als obersten Führer einen Mann, dem sie diktatorisch Vollmachten über die Politik der Partei erteilt. Sie wählt einen Mann aus, der putschistische Erfahrungen besitzt, der bereits an einem hochverräterischen Angriff auf den Staat, sagen wir am Märzaufruf von 1921, politisch und militärisch führend teilgenommen hat.

Dieser Parteidiktator bildet einen regelrechten Stab für die neue S.C. Er legt sich als militärischen Berater und Stabschef einen ehemaligen deutschen Offizier zu, der ebenfalls bereits an putschistischen Bestrebungen in Deutschland teilgenommen hat, der wegen Hochverrats verfolgt und verurteilt worden ist, und der späterhin Deutschland verlassen hat, um in der russischen Armee als Offizier Dienste zu tun.

Der Parteidiktator und der militärische Stabschef werben nun eine Mannschaft an, die etwa 250 000 Mann umfasst. Sie bemühen sich, diese Mannschaften zu organisieren, wobei sie den Versuch machen, die Gliederung des Reichsheeres getreulich zu kopieren. Sie uniformieren ihre Mannschaften, sie führen Dienstgrade und Dienstabzeichen ein, sie verlangen straffe militärische Disziplin, sie bilden eine Art von Feldgendarmarie, eine eigene Polizeitruppe zur Ueberwachung der Mannschaften und der Unterführer, sie ziehen ehemalige Offiziere als Führer für ihre Privatarmee heran.

Allmählich gehen sie dazu über, die Formationen der S.C. in eigenen Räumen in allen Städten des Reichs zusammenzufassen. Zur Erhöhung der Beweglichkeit dieser Formationen, um sie von Familie, Verwandten loszulösen, und um sie zu einem willfährigen nicht selbst denkenden Instrument zu machen, beginnen sie diese Formationen von einer Stadt nach der anderen systematisch zu verschieben.

Man beschränkt sich nicht darauf, nur Mannschaften zu sammeln, man teilt sie auch nach ihrem möglichen Verwendungszweck ein. Man bildet ein Automobilkorps, ein Sanitätskorps, eine Feldzeugmeisterei, man sorgt für Uniformen, Ausrüstungsgegenstände, Sanitätsmaterial, man lässt von befreundeten Parteigenossen private Sportflugzeuge ankaufen, man bildet neben dem Automobilkorps ein Fliegerkorps, man schafft sich eine Art von militärischem Verordnungsblatt an, in dem der Stab seine Befehle bekanntgibt und schliesslich fordert man dazu auf, dass alle Leute, die "mit der Flugwaffe ausgebildet" sind, sich zur Verfügung stellen.

Man stelle sich das alles vor und dann noch dazu, dass dies alles ganz legal, egal legal, vor sich geht, dass keine Behörde in ganz Deutschland, angefangen von der Polizei bis zu Reichsregierung und Reichsgericht darin etwas finden würde. Kann man sich das vorstellen? Nein, das kann man sich nicht vorstellen!

Aber bei Hitler braucht man sich nicht die Mühe zu machen, es sich vorzustellen. Da geschieht das alles wirklich. Und niemand findet etwas dabei!

Parteibuchbeamte.

Die Herren nationalsozialistischen Putschisten stellen nicht nur Diktaturpläne auf, sie amüsieren sich auch damit, bereits die Posten für das Dritte Reich unter sich zu vergeben. Das wird ihren Freunden aus dem Lager der Deutschnationalen allmählich sehr bedenklich, und so aussert sich der deutschnationale "Deutschenspiegel" bei einer Besprechung der Boxheimer Blutdokumente:

"Viel fataler als diese Papierübungen erscheinen uns die Ministerlisten, die Pöstchenverteilung. Was ist damit gemeint? Soll denn alles beim alten bleiben? Soll auch fernerhin nicht die fachliche Tüchtigkeit bei der Besetzung der Staats-, Landes- und Gemeindestellen den Ausschlag geben, sondern weiter das Parteibuch?"

Das ist natürlich nicht der Aufschrei von naiven Gemütern, die die Netze gegen die sogenannten Parteibuchbeamten aus innerer Ueberzeugung betreiben, sondern lediglich der Aufschrei der Konkurrenz, die sich in den Hintergrund geschoben fühlt. Wenn die Nationalsozialisten das famose Dritte Reich verwirklichen würden, so würde eine Woge von wirklichen Parteibuchbeamten sich über Deutschland ergießen, in der das Berufsbeamtentum restlos ertrinken würde. Es ist nur gut, dass das Agitationsgeschrei gegen die Parteibuchbeamten im faschistischen Lager sich beizeiten selbst entlarvt.

Danebengetreten.

In dem platt "Berliner Schulbeobachter", das die Nationalsozialisten herausgeben, um die Schüler der höheren Lehranstalten faschistisch zu versüßen, finden wir die folgende interessante Stelle:

"Es wird uns muss die Aufgabe des kommenden nationalsozialistischen Staates sein, dem ungesunden Andrang und vor allem dem ungeeigneten Andrang von Schülern zur höheren Schule durch Massnahmen entgegengetreten werden, die geeignet sind, die Volksschule wieder zu dem Instrument zu machen, das den Kindern die Möglichkeit gibt, auch ohne den Besuch einer höheren Schule zu einer beachtenswerten Stellung im Staatsleben zu kommen. Dazu gehört aber, dass mit dem bisherigen Berechtigungswesen oder besser gesagt Unwesen, aufgeräumt werden muss."

Bisher haben wir immer gehört, dass die Nationalsozialisten gemeinsam mit den Deutschnationalen sich aufgeregt haben über jeden Arbeiter, Handwerker oder Angestellten, der ohne eine Berechtigung zu besitzen, und ohne Akademiker zu sein, es zu einer angesehenen Stellung in Staat oder Verwaltung gebracht hat. Sie haben für diese Männer, die sich aus eigener Kraft emporgearbeitet haben, und die wertvoller sind als mancher, der dank dem Gelde seiner Vorfahren mit Ach und Krach höhere Schulen durchlaufen hat, die verächtliche Bezeichnung "Bonze" geprägt. Die von uns wiedergegebene Stelle schlägt dieser ekelhaften Agitation gegen "die Bonzen" ins Gesicht. Wir werden uns sie merken!

Der Patentnationale.

Herr Hugenberg, der die vaterländische Gesinnung in Deutschland im Monopol hat, hat sich über den Raub des deutschen Domes in Riga nicht nur erregt, sondern er hat auch eine Aktion unternommen. Er hat ein Telegramm an den Bischof Irbe in Riga gesandt, in dem er versichert, dass die Deutschnationale Volkspartei in herzlicher Verbundenheit ihrer deutschen Brüder in Riga gedenke. Dem patentnationalen Hugenberg ist dabei leider ein kleiner Irrtum unterlaufen. Der Bischof der deutschen Kirche in Riga heisst Dr. Pölchau, Bischof Irbe aber ist das Haupt der lettischen Kirche, also der Gemeinde, die den Domraub betrieben hat. Sie sind so national, dass sie nicht einmal wissen, wer ihre Brüder sind, denen sie Beileidstelegramme schicken.

Aus aller Welt

"Korsika" in Andalusien.

Pernales, der Spada Spaniens - Die getröstete Witwe und der gefoppte Regierungskommissar.

SPD. Madrid, Mitte Dezember (Eig. Ber.)

Der Ruhm der französischen Gendarmen, die Korsika von dem Räuberunwesen zu befreien suchen, lässt den Spaniern keine Ruhe. Denn auch hier blüht noch das Banditentum. Um es endgültig auszurotten, wurde jetzt eine Polizeibrigade alarmiert. Vor allem wird Francisco Rios genannt Pernales gesucht, ein gefürchteter andalusischer Räuber, der sich in vielen Kreisen Spaniens der gleichen "Beliebtheit" erfreut wie der korsische Spada.

Der Schüler des Hingerichteten.

In Pernales lebt noch die alte Banditentradition des vorigen Jahrhunderts. Woher er stammt, weiss niemand. Eines Tages - es war im Jahre 1906 - trat er bei dem damals berühmtesten spanischen Banditen, dem inzwischen hingerichteten Vivillo, regelrecht in die Lehre. Pernales erwies sich als ein guter Schüler. Bald übertraf er seinen Meister an Unverfrorenheit und Kühnheit. Seit dem Tode Vivillos, also seit fast drei Jahrzehnten, kann Pernales sich rühmen, allen Gendarmen zum Trotz Andalusien terrorisiert zu haben.

Die Taten dieses Mannes sind in Spanien in aller Munde. Es sind haarsträubende Vorfälle von grauenhafter Romantik. Einmal, im Jahre 1910, wurde Pernales von einem Bauern der Polizei verraten und verhaftet. Mit einer ins Gefängnis geschmuggelten Säge durchsägte Pernales zwei dicke Eisengitter seines Kerkers und verschwand. Um seinen Mut an dem armen Bauern zu kühlen, der ihn angezeigt hatte, überfiel er dessen Hof am helllichten Tage, fesselte den Bauern und vergewaltigte vor seinen Augen seine Frau. Dieses unglaubliche Verbrechen versetzte seinerzeit ganz Spanien in Empörung und Aufregung. Aber trotz aller Razzien konnte die Polizei des Banditen nicht habhaft werden. Er versteckte sich in den Höhlen und Schluchten der Gebirge und verübte nun bis heute ungestraft zahllose Schandtaten.

Manchmal hat Pernales Anwandlungen ein "edler Räuber" zu sein. Einmal erfuhr er, dass eine arme alte Witwe von einem Wucherer gezwungen werden sollte, ihr Haus zu verlassen. Seine Geldgier hatte der Mann schwer zu büßen. Pernales lauerte ihm auf, nahm ihm seine wohlgefüllte Brieftasche ab und überbrachte der armen Witwe einen Teil des Geldes, mit dem sie ihre Miete bezahlen konnte.

Das protokollierte Frühstücksgespräch.

Vor einigen Wochen hatte die Regierung aus Madrid einen Kommissar nach Sevilla geschickt; er sollte über das andalusische Banditenunwesen Bericht erstatten. Pernales besass die Kühnheit, diesen Regierungskommissar zu besuchen. Er meldete sich in seinem Hotel und erklärte sich bereit, über das Banditenunwesen Auskünfte zu geben, da niemand besser darüber orientiert sei als er. Er diktierte dem Regierungskommissar sogar ein Protokoll und wurde deshalb zum Dank zum Essen eingeladen. Beim Dessert fragte der Regierungskommissar lächelnd: "Aus welcher Quelle stammen Ihre guten Informationen? Wer sind Sie eigentlich?" "Ich bin Pernales", erwiderte der Bandit, wischte sich den Mund mit der Serviette und stand gemütlich auf. Mit einem tollkühnen Satz flüchtete er durch das Fenster des Speisesaals und war verschwunden, ehe sich der Regierungskommissar von seiner Ueberraschung erholt hatte. Noch tausend andere Geschichten sind über diesen sagenhaften Banditen in Andalusien in

Umlauf. Aber nicht immer ist es möglich, ihre Wahrheit nachzuprüfen. Die geschilderte Hotelaffäre soll verbürgt sein.

Nun hat sich die Regierung entschlossen, endlich Spanien von seinem letzten grossen Banditen zu befreien. Ueber die dramatischen Umstände des "Feldzugs" berichten die spanischen Zeitungen sehr ausführlich. Die Bevölkerung ist gespannt, ob es auch diesmal Pernaes wieder gelingen wird, den ihm gestellten Netzen zu entschlüpfen.

-1.

+ + +
Deyke hat umgelernt!

"Persönlicher Ehrgeiz hat uns fern gelegen." - "Keine Kulturenverwechslung"!

SPD. Lübeck, 15. Dezember (Eig. Drahtb.)

Im Calmette-Prozess äusserte sich am Dienstag Professor Deyke in stundenlangen Ausführungen über seine Einstellung zum Calmetteverfahren. Früher - so führte er aus - habe er auf dem Standpunkt gestanden, der BCG sei ein *circus fix*, d.h. ein Bazillus, dessen biologische Eigenschaften erblich fixiert seien und der durch banale Veränderungen in seiner Umwelt nicht abgeändert werden könne. Heute meine er allerdings, dass der BCG doch latente (verborgene) Gefahren in sich berge. Es sei ihm der gleiche Beweis wie dem unentwegten Calmette-Gegner Petroff, auf dessen Arbeiten er früher leider nicht genügend Gewicht gelegt habe, gelungen. Ihm und Petroff sei es möglich gewesen, den BCG in zwei Typen von Kolonien verschiedenen Aussehens zu spalten, und in der einen Kolonie habe er virulente Bazillen gefunden. Aber Deyke meinte, er müsse betonen, dass in den Jahren 1929 und 1930 Petroff der einzige Gegner Calmettes gewesen sei. Jedenfalls aber halte er selbst jetzt den Standpunkt Calmettes, man könne durch eine Schutzimpfung eine Immunität gegen lebende Infektionsstoffe erzeugen, für einen Irrtum. Die Handgriffe der Natur liessen sich nicht nachmachen.

Der Angeklagte Professor Deyke betonte dann nachdrücklich, dass die Originalkultur aus Paris nicht virulent gewesen sei. Er fuhr schliesslich fort: "Man hat uns Angeklagten persönlichen Ehrgeiz vorgeworfen. Ich glaube, im Namen aller Angeklagten zu sprechen, wenn ich erkläre, persönlicher Ehrgeiz hat uns ferngelegen. Die Ursache des Unglücks erblicke ich nicht in der Verwechslung mit menschlich virulenten Tuberkelbazillen. Wären die Kulturen verwechselt worden, so hätte sich das Lübecker Unglück wohl noch tragischer ausgewirkt, als das geschehen ist."

In der Nachmittagsitzung erstattete Professor Poll, der Dekan der Medizinischen Fakultät der Hamburger Universität sein Gutachten darüber, ob der BCG als *virus fix* anzusprechen sei oder nicht. Professor Poll erklärte, theoretisch könne die Rückwandlung des BCG in seine virulente Urform nicht ausgeschlossen werden. Auch praktisch lägen einzelne Bedingungen vor, die das Eintreten einer solchen Erscheinung unter den aktuellen Lübecker Verhältnissen nicht als unwahrscheinlich erscheinen lassen.

Die Vernehmung der Sachverständigen wird am Mittwoch fortgesetzt.

Verurteilte Doppelmörder. Vom Schwurgericht Dresden wurden der 26 Jahre alte Kaufmann Adam Stephan und der 32-jährige Installateur Hans Culbin wegen gemeinsamen vollendeten Mordes zum Tode und wegen gemeinsam versuchten Mordes zu je fünf Jahren Zuchthaus verurteilt. Stephan, der in homosexuellen Kreisen verkehrte, hat im Frühjahr in Dresden die Bekanntschaft eines Gärtnergehilfen Bruno Hecht gemacht und war zu ihm in sexuelle Beziehungen getreten. Hecht ermöglichte dann durch Darlehenshingabe von rund 1 600 Mark den Ankauf eines Lebensmittelgeschäftes durch Stephan, in dem auch Culbin eine Existenz fand. Später ist es zwischen Hecht, der künftig auch in das

Geschäft einzutreten gedachte, und Culbin, der dadurch seine Existenz gefährdet sah, zu Spannungen gekommen. Da auch Stephan, der inzwischen ein Mädchen kennenlernte und in seinen Beziehungen zu Hecht ein Heirathshemmnis sah, vor Schwierigkeiten stand, beschlossen Stephan und Culbin gemeinsam, Hecht zu beseitigen. Der Versuch eines Mordes durch das Anbieten einer mit Rattengift belegten Stulle während eines Spazierganges schlug am 5. Dezember fehl. Hecht sollte hierauf auf wirksamere Weise beseitigt werden. Eine Woche nach dem Mordversuch wurde Hecht zu einem Abendspaziergang an der Elbe mit Stephan bestellt. In der Nähe von Stetzsch legten sich die Freunde zusammen ans Ufer. Hecht wurden die Augen verbunden - angeblich wollte man ihn mit irgendetwas überraschen. In Wirklichkeit wurde er durch einen Schuss in die Schläfe getötet. Dann warfen Stephan und Culbin, der verabredungsgemäss am Tatort eintraf, die Leiche in die Elbe; es war ihre Absicht, einen Selbstmord ihres Opfers vorzutäuschen.

+ + +
Abgebranntes Theater. In dem Kopenhagener Noerrebro's Theater brach Feuer aus. Das Gebäude wurde bis auf die Grundmauern eingeäschert. Ursache der Katastrophe ist vermutlich Kurzschluss. 100 Schauspieler und Angestellte wurden durch das Feuer arbeitslos. Das Theater ist erst vor einigen Wochen für 448 000 Kronen an einen neuen Besitzer übergegangen. Der Schaden ist im wesentlichen durch Versicherung gedeckt.

+ + +
Bankzusammenbruch in Norwegen. Die "Den Norske Creditbank" in Oslo und "Bergers Privatbank" in Bergen und Oslo, zwei der grössten Bankunternehmen Norwegens, haben am Dienstag ihre Zahlungen einstellen zu müssen. Das gesamte Kapital soll verloren sein. Voraussichtlich wird im Hinblick auf die zu erwartende Verwirrung die Osloer Börse bis auf weiteres geschlossen werden.

+ + +
Tragödie der Nachbarschaft. In einer Siedlung bei Halle erstach der Maurer Riehm im Verlauf eines Streites den Gärtner Ackermann, der vor einiger Zeit beim Spatzenschiessen versehentlich einen 15-jährigen Lehrling erschossen hatte und seitdem mit seiner Familie von der ganzen Nachbarschaft verfeindet wurde. Zwar versuchte Ackermann, sich gegen die ewigen Sticheleien durch Beleidigungsklagen mit dem Erfolg zu wehren, dass ihm vor Gericht sein moralisch einwandfreies Verhalten bestätigt wurde - aber es kam doch immer wieder zu neuen Reibereien. Der nachbarliche Kleinkrieg fand sein blutiges Ende, nachdem Ackermann dem Maurer Riehm, der in seinem Hause wohnt, durch Räumungsbefehl die Wohnung entzogen hatte.

+ + +
Heck nach Heck. Mit Ablauf dieses Jahres tritt der angesehene wissenschaftliche Leiter des Berliner Zoologischen Gartens und bekannte Tierforscher, Geheimrat Professor Dr. Heck, der die Altersgrenze von 65 Jahren bereits um sechs Jahre überschritten hat, in den Ruhestand. Heck hat den Berliner Zoo seit über 40 Jahren in vorbildlicher Weise betreut. Sein Nachfolger wird sein Sohn, Dr. Lutz Heck, werden, der bereits seit längerer Zeit im Berliner Zoo als stellvertretender Direktor tätig ist und sich durch mehrere affrikanische Tierfandexpeditionen einen Namen gemacht hat.

+ + +
Wer den Wal hat... Die dänische Polizei hat gegen die Fischer von Herö sund eine Untersuchung wegen Tierquälerei eingeleitet. Die Herösunder Fischer hatten einen 25 Meter langen Wal gefangen und an Land gezogen. Da sie aber keine Ahnung hatten, wie das Tier zu töten sei, beschossen sie es und schlugen es mit Eisenstangen. Erst nach 19 Stunden war der Wal tot...

Gewerkschaftliche Bündschau ✘

Gewerkschaften und Notverordnung.

SPD. Der Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes nahm am Dienstag zur neuen Notverordnung Stellung. Der Bundesvorsitzende Leipart eröffnete die Verhandlungen mit grundsätzlichen Ausführungen über die einschneidenden Massnahmen, die von der Reichsregierung angeordnet wurden.

Der Bundesvorstand - so führte Leipart aus - hat in den letzten Wochen sich immer wieder bemüht, die einheitliche Gewerkschaftsfront in dieser kritischen Situation aufrecht zu erhalten. Seine Bemühungen waren erfolgreich und die einheitliche Front blieb nicht ohne Eindruck auf die öffentliche Meinung. Diese Front umfasst nicht nur die Arbeiter und Angestellten aller Richtungen, sondern auch die Beamten. Die Vertreter sämtlicher Spitzenorganisationen waren am 14. Dezember noch einmal beim Reichskanzler, Sie haben insbesondere gegen die tarifrechtlichen und lohnpolitischen Bestimmungen Einspruch erhoben und Sicherungen gefordert, dass dem nunmehr geltenden Notrecht in seiner praktischen Anwendung feste Grenzen gezogen werden, die weder von den Arbeitgebern noch vom Schlichter nach Gutdünken überschritten werden dürfen.

Die Regierung ist in der letzten Notverordnung scheinbar der Forderung der Gewerkschaften nach Erhaltung des Reallohnes entgegengekommen. Aber nur scheinbar; denn glaubt jemand, dass die Preissenkung wirklich vor dem 1. Januar und im Verhältnis wie die dann folgende Lohnsenkung durchgeführt werden wird? Darauf kommt es aber an. Die Preissenkung muss der Lohnkürzung vorangehen.

In der neuen Notverordnung steht kein Wort von Arbeitsbeschaffung. Die ungeheuren freiwerdenden Mittel müssen aber wenigstens teilweise, nicht zuletzt für den Kleinwohnungsbau, bereitgestellt werden. Die Mittel, die den Länderregierungen aus dem Aufkommen der Hauszinssteuer noch zur Verfügung stehen, sind völlig unzureichend. Die Regierung muss einen positiven Plan vorlegen, um die Arbeitslosen in den Produktionsprozess wieder einzuschalten.

Einseitigen Begünstigungen für die Unternehmer (Steuernachlässe usw.) stehen schwere Belastungen der arbeitenden Bevölkerung gegenüber. Die Einriffe in das private Vertragsrecht sind fest begrenzt, dagegen sind dem Be-lieben des Schlichters, in die Tarifverträge verschlechternd einzugreifen, viel weitere Grenzen gezogen. Dieses Recht des Schlichters muss begrenzt werden.

Vielfach bestehen keine Tarifverträge mehr. Die Gefahr besteht, dass dieser unregelmäßige Zustand noch viel weiter um sich greift. Will die Regierung unter diesen Verhältnissen wirklich Ernst machen mit der Einschränkung der Verbindlicherklärung von Schiedssprüchen? Kann sie das verantworten, da doch die Notverordnung selbst gleichsam einen Schiedsspruch darstellt? Sie dekretiert eine Lohnsenkung. Sie erklärt diese Lohnsenkung für verbindlich, ja für allgemeinverbindlich. Unter diesen Verhältnissen ist die Herbeiführung tarifvertraglicher Lohnregelungen durch Verbindlicherklärung doppelt notwendig.

Unmöglich ist das Ausnahmerecht für die Bergarbeiter wie für die Gemeinde- und Staatsarbeiter. Für beide Kategorien von Arbeitnehmern müssen Verhandlungen zugelassen werden, die unter Umständen günstigere Bedingungen ermöglichen. Auch in diese Verhandlungen muss der Schlichter eingeschaltet werden.

Ueber die tarifrechtlichen und lohnpolitischen Bestimmungen der Notverordnung berichtete Spiliedt vom Bundesvorstand:

Die Absicht der Reichsregierung in der Lohn- und Gehaltsfrage ist eindeutig. Löhne und Gehälter sollen um rund ein Viertel - gemessen an ihrem Höchststand - (Durchschnitt 1930) - gesenkt werden. Dabei wird nach Durchführung der Notverordnung der Absturz der tatsächlichen Löhne noch grösser sein. Seit Mitte 1930 trat ein Absinken der übertariflichen Zulagen, der Akkordberechnungen ein, was sich auch 1931 bei bereits gesenkten Tariflöhnen weiter fortsetzte. Das Ausmass ist nicht exakt feststellbar. Soweit Erhebungen vorliegen, wird man diesen Abbau auf weitere 5 bis 7% schätzen müssen. Gegenteilige Behauptungen der Arbeitgeberverbände sind ganz offensichtlich falsch. Abgesehen von der Verdienstminderung durch Kurzarbeit, senkt also die Notverordnung im Vergleich zum Jahre 1930 den tatsächlichen Lohn um 27 bis 29 v.H.

Das gewaltsame Absinken der Tariflöhne auf den Stand vom Januar 1927 wird praktisch die tatsächlichen Löhne unter den damaligen Stand sinken lassen. Ausgang 1926 zeigte sich bereits eine Entlastung des Arbeitsmarktes: ohne dass die Tariflöhne überall entsprechend erhöht wurden, fand zunächst vielfach nur ein Ausgleich durch übertarifliche Zulagen, bessere Akkordbemessung und dergleichen statt. Die Veränderung der Tariflöhne erfolgte erst später, also nach dem in der Notverordnung gewählten Stichtag. Das Zurückdrängen der Tariflöhne auf den Stand von Anfang Januar 1927 wird jetzt nicht das damals übliche Mass an Ueberlohn usw. wieder herstellen. Die Entlohnung im Bergbau soll unter die am 10. Januar 1927 geltenden Sätze sinken. Daher ihre Sonderregelung. Die Arbeiter öffentlicher Betriebe werden gleichfalls einer Sonderregelung unterstellt. Sie erfolgt hier im engen Zusammenhang mit der Gehaltsregelung der Beamten und Angestellten unter grundsätzlicher Ausscheidung der Mitwirkung des Schlichters.

Die Notverordnung bringt nicht nur eine Kürzung der Löhne um durchschnittlich ein Viertel, vielfach fast um ein Drittel, sondern sie stellt sogar einen gewaltsamen Eingriff in das Tarifrecht dar. An die Stelle der Entschlussfreiheit der Arbeitgeber und Arbeitnehmer tritt der gesetzliche Zwang. Der Schlichter ist nicht mehr Schlichter, sondern ausführende Behörde. Er ist eng gebunden an die Bestimmung der Notverordnung, die die am 10. Januar 1927 geltenden Tariflöhne wieder hergestellt wissen will. Seine Entschlussfreiheit beschränkt sich lediglich auf gewisse Ausgleichs, wo Verschiedenartigkeiten des Lohnsystems in dem zur Zeit geltenden Tarifvertrag gegenüber Anfang 1927 bestehen oder wo zu diesem Zeitpunkt ein Tarifvertrag überhaupt nicht bestand, sodass Entscheidungen nach Billigkeit getroffen werden müssen. Bezüglich der Lohnregelung der in öffentlichen Betrieben beschäftigten Arbeitnehmer ist die Verletzung des bisher geltenden Tarifrechtes noch viel offensichtlicher. Es scheint fast, als wolle man diese Arbeitnehmer tarifrechtlich grundsätzlich und ein für allemal von dem Arbeitnehmer privater Betriebe trennen. Den Tarifparteien ist es natürlich unbenommen, höhere Löhne zu vereinbaren, als sie die Notverordnung vorsieht. Das wurde auch auf der Schlichterkonferenz ausgesprochen. Eine allgemeine Verbindlicherklärung derartiger Vereinbarungen dürfte allerdings kaum erfolgen.

Die wirtschaftlichen und finanzpolitischen Massnahmen beleuchtete Eggert. Er betonte, alles hänge jetzt davon ab, die Preissenkung umfassend und tief auf der ganzen Linie zu erzwingen. Die Gewerkschaften müssten sich dieser Aufgabe mit allen Kräften zuwenden.

Die Bestimmungen der Notverordnung für die Sozialversicherung erörterte Welker vom Bundesvorstand: In der Krankenversicherung wie in allen Zweigen der Rentenversicherung bringt die Notverordnung organisatorische Aenderungen nur in geringem Umfang. Weitergehende Pläne sind in Vorbereitung. In der Knappschaftsversicherung ist der Versichertenkreis erweitert worden. In der Unfallversicherung ist der Einfluss der Versicherten verstärkt worden. Ausser diesen Aenderungen im System sind nur Leistungsabstriche zu verzeichnen: Renten von 20% werden in der Unfallversicherung nur noch auf die Dauer von zwei Jahren bewilligt, niedrigere Renten fallen weg. Renten an versicherte Arbeitnehmer werden nicht mehr anerkannt, wenn die Beschädigung weniger als $33 \frac{1}{3}\%$

beträgt. Die Regierung will unter allen Umständen eine Beitragserhöhung vermeiden. Daher auch die Beseitigung aller Mehrleistungen in der Krankenversicherung.

Ein Teil der Leistungen der Rentenversicherung waren reine Fürsorgeleistungen. Sie sind gestrichen worden. Auch der gleichzeitige Bezug von verschiedenen Renten in einer Person ist beseitigt unter Belassung einer Freigrenze von 25 Mark. Ferner sollen die Gesamtbezüge der Hinterbliebenen nicht höher sein als die Rente der verstorbenen Versicherten.

Die Wartezeit in der Invalidenversicherung und zum Teil auch in der Angestelltenversicherung ist verlängert worden. Jetzt müssen in der Invalidenversicherung 250 Pflichtbeiträge geleistet worden sein. Der Bezug der Altersrente hat 750 Beiträge in der Invalidenversicherung zur Voraussetzung, in der Angestelltenversicherung 180 Monate.

Die Bestimmungen in der Notverordnung sind auf Vorschläge der Landesversicherungsanstalten zurückzuführen. Eine Angleichung der Ausgaben an die niedrigeren Einnahmen, wie sie die Unternehmer fordern, ist mit der Notverordnung nicht vorgenommen worden. Die Flüssigmachung der Vermögensbestände in der Invalidenversicherung in Reichs- und Länderanleihen ist nach wie vor dringend erforderlich, um nicht auch noch das Heilverfahren der Versicherung ernstlich zu gefährden.

In der Aussprache wurde vor allem gegen die schlechtere Behandlung der Bergarbeiter sowie der Gemeinde- und Staatsarbeiter in der Notverordnung aufschärfste Protest erhoben. Auch auf die Bedrohung der Landarbeiter wurde aufmerksam gemacht, da bei der Bestimmung ihrer Löhne der jeweilige Geldwert des Deputats berücksichtigt werde, wodurch bei enger, bürokratischer Auslegung der Verordnung sich die schädlichsten Folgerungen für die Landarbeiter ergeben könnten. Als Hauptmangel der Notverordnung wurde immer wieder das Fehlen eines energischen Schrittes zur Arbeitsbeschaffung hervorgerufen; denn der Kampf um den Arbeitsplatz zwischen den Arbeitern kennzeichnet die Lage.

Die Tagung fand ihren Abschluss mit der Annahme einer Entschliessung, worin der Bundesausschuss nachdrücklich jede Verantwortung für die aus der Lohn- und Gehaltssenkung ohne Vorleistung einer durchgreifenden Preissenkung sich ergebende Folgen ablehnt.

SPD. Eine Funktionärkonferenz des Deutschen Metallarbeiterverbandes nahm am Dienstag in Essen zu dem Lohnschiedsspruch und der Arbeitszeitvereinbarung für die Gruppe Nordwest Stellung. Gemäss der Haltung der Delegierten der Schlichterkammer lehnte die Konferenz den Lohnschiedsspruch ab. Der Vereinbarung über die Arbeitszeit, die die Unternehmer und die Christlichen bereits unterschrieben haben, stimmte die Konferenz ebenfalls zu. Damit ist in der Arbeitszeit für die Nordwestgruppe der seit Juli vorigen Jahres für den Deutschen Metallarbeiterverband bestehende tariflose Zustand beendet.

SPD. Im Tarifstreit des Bankgewerbes ist bei den freien Verhandlungen keine Einigung erzielt worden. Der Bankenverband bestritt, dass die Parteien das Recht hätten, in freier Vereinbarung eine von der Notverordnung abweichende und sozialere Regelung zu treffen.



Die grosse Wende.

Wirkungen des Protektionismus auf den deutschen Aussenhandel.

SPD. Der Ausführüberschuss im deutschen Aussenhandel, in seiner stetigen Steigerung die Sensation der Weltwirtschaftskrise, hat im Monat November einen Knacks erlitten. Man könnte fast sagen, den allgemein erwarteten Rückschlag. Zwar hat Deutschland auch im November für rund 1/4 Milliarde Mark, genau 267 Millionen Mark, Waren mehr ausgeführt als eingeführt, aber der Aktivsaldo liegt im November erheblich unter dem Rekordstand vom Oktober, der rund 383 Millionen Mark ausmachte.

Es handelt sich dabei um keine Zufälligkeiten. Das Wirtschaftsministerium kommentiert das Ergebnis dahin, dass "diese Verminderung zweifellos die Auswirkung der Absatzer schwerungen darstellt, die dem deutschen Export im Auslande bereitet werden; insbesondere lässt sich der die Ausfuhr hemmende Einfluss der zahlreichen Valutaentwertungen bereits deutlich erkennen. Die Ausfuhr nach den Ländern mit entwerteter Valuta hat im allgemeinen im November stärker als im Durchschnitt abgenommen; beispielsweise ist die Ausfuhr nach Dänemark um 25 %, nach Schweden um 21 %, nach Britisch-Indien um 37 %, nach Argentinien um 22 % gesunken". Das sind alles Länder mit entwerteter Valuta. Wenn die Einfuhr nach England eine Ausnahme macht, so ist das darauf zurückzuführen, dass in der englischen Wirtschaft unter Einfluss der erwarteten Zollmassnahmen im November eine umfangreiche Voreindeckung durchgeführt wurde. Es wäre aber grundfalsch, die zurückgehende deutsche Warenausfuhr einzig und allein mit der Geldverschlechterung in Zusammenhang zu bringen. Dass das nicht richtig ist, beweist die Tatsache, dass die deutsche Novemberausfuhr nach Frankreich, Italien, der Schweiz und der Tschechoslowakei, also nach Ländern, wo die Währung funktionierte, ebenfalls gesunken ist und zwar im Ausmass von 10 bis 16 Prozent. Hier macht sich einmal die abfallende Kaufkraft geltend. Dann aber - das gilt z.B. stark für Frankreich und noch stärker für Italien - die von der Regierung angeordneten Massnahmen, um eine unwillkommene Wareneinfuhr abzustoppen. Es ist auch ganz gleichgültig, worunter der Gütertausch in der Welt leidet. Man kann mit protektionistischen Massnahmen das Ziel einer Importdrosselung ebenso sehr erreichen und ebenso schnell erreichen als mit einer Valutaverschlechterung. Von Wichtigkeit ist, dass in der ganzen Welt eine zunehmende Isolierung der Volkswirtschaften eingesetzt hat. Die Welt ist gewissermassen in einen Handelskrieg eingetreten und verringert den Warenaustausch. Die Novemberbilanz des deutschen Aussenhandels ist nur ein Zeichen dieses Zustandes. Wir befürchten, dass wir in den nächsten Monaten schlechtere Bilanzen erleben als die vorliegende. Die grosse Wende im Welthandel ist eingetreten. Die Ventile, durch die das von der Krise am heftigsten geschüttelte Deutschland seine Waren auf den Weltmarkt warf, schliessen sich.

Dafür der zahlenmässige Beweis: Die Wareneinfuhr wird mit 482,8 Millionen Mark angegeben gegenüber 482,4 Millionen Mark im Vormonat (Monatsdurchschnitt 1930 = 866,1 Millionen Mark und Monatsdurchschnitt 1929 = 1 120,6 Mill. Mark). Mengenmässig dürfte sich die Einfuhr nach Deutschland im Monat November, da für einige Rohstoffe im November vorübergehende Preiserhöhungen eingetreten sind, höher stellen als im Monat Oktober. Das Reichswirtschaftsministerium schätzt die mengenmässige Steigerung der Einfuhr auf 4 %. Die Lebensmitteleinfuhr ist

stark gefallen und zwar von 158,4 Millionen Mark im Oktober auf 140,5 Mill. Mark (Monatsdurchschnitt 1930 = 247,4 Mill. Mark und Monatsdurchschnitt 1929 = 318,6 Millionen Mark). Dagegen ist die Rohstoffeinfuhr gestiegen und zwar von 224,6 Millionen im Oktober auf 248,4 Millionen Mark (Monatsdurchschnitt 1930 = 459 Mill. Mark und Monatsdurchschnitt 1929 = 600,4 Mill. Mark). Die bessere Rohstoffeinfuhr ist nicht konjunkturrell zu bewerten. Es dürfte hier im Zusammenhang mit der vorübergehenden Steigerung der Rohstoffpreise auf den Weltmärkten eine Voreindeckung vorliegen.

Die Ausfuhr ist von 865,6 Millionen Mark im Monat Oktober auf 738,2 Millionen Mark im November zurückgegangen. Hinzuzurechnen sind noch Reparations-sachlieferungen, die im Oktober 13,1 Millionen Mark betragen und im November 10,5 Millionen Mark. Die Rohstoffausfuhr verringerte sich von 148,4 Mill. Mark auf 123,7 Millionen Mark. Betroffen sind in erster Linie Kohle und Düngemittel (schwefelsaures Ammoniak). Die stärkste Reduzierung der Ausfuhr entfällt auf die Fertigwaren und zwar führte Deutschland im Monat November für 588,7 Millionen Mark Fertigwaren aus gegenüber 690,6 Millionen Mark im Monat Oktober (Monatsdurchschnitt 1930 = 753,1 Mill. Mark und Monatsdurchschnitt 1929 = 819,4 Mill. Mark). Unsere Fertigwarenausfuhr lag im November etwa auf den Stand der Monate Juni und Januar 1931. Betroffen sind von der zurückgehenden Fertigwarenausfuhr besonders Textilwaren (25 Millionen Mark weniger als im Oktober), Wasserfahrzeuge (16,5 Mill. Mark weniger), Walzwerkserzeugnisse und Eisenerzeugnisse (20 Mill. Mark weniger) und Maschinen (11,3 Mill. Mark weniger).

Insgesamt ergibt sich für die Zeit von Januar bis November 1931 eine Einfuhr von 6 236,3 Millionen Mark. Die Ausfuhr beträgt in derselben Zeit 8 500,6 Millionen Mark. Zu der Ausfuhr treten noch 359,8 Millionen Mark an Reparationssachlieferungen. An Gold und Silber wurden in der Zeit für 399,8 Millionen Mark eingeführt und 1 419,2 Millionen Mark ausgeführt.

Will man eine Lehre aus der Entwicklung unserer Handelsbilanz ziehen, dann kann es nur folgende sein: Die Theorie des deutschen Unternehmertums (mit der man ja schliesslich auch die Regierung für den generellen Lohnabbau in der Notverordnung breitgeschlagen hat), den deutschen Warenexport zu steigern, die Ausfälle am Binnenmarkt auszugleichen und die Wirtschaft anzuregen, erweist sich als falsch. Hat sich eigentlich von vornherein als falsch erwiesen. Die zunehmenden Ausfuhrüberschüsse können nicht über den Schrumpfungsprozess in der Ein- und Ausfuhr hinwegtäuschen. Der Exportmarkt wird sich - und wir wissen nicht, wann die Völker wieder zur wirtschaftlichen Vernunft zurückkehren und ihren Protektionismus abbauen - für die deutsche Ausfuhr immer weiter verengen. Das leugnen wollen heisst, die deutsche Wirtschaft verbluten lassen. Not tut, die Dinge klar zu erkennen. Für den Ausfall an den Exportmärkten, der sich schon im November krass zeigte, kann ein Ausgleich nur im Lande selbst gefunden werden. Das Land muss kaufkräftig gemacht werden, um die Waren zusätzlich aufzunehmen, die nicht mehr in den Export gehen können. Das kann man aber nicht mit Massen erreichen, denen man seit zwei Jahren in ununterbrochener Folge Lohnsenkungen und Kürzungen des Realeinkommens zuzusetzt. Steuert man diese Politik weiter, so wird mit dem Export auch der Binnenmarkt veröden. Die Wirtschaft wird so völlig versacken. Die grosse Wende im Export muss daran erinnern, muss ein Zeichen sein, dass es Zeit ist, einen anderen Kurs zu steuern,

SPD. Der Vorstand des Reichsbundes Deutscher Mieter begrüsst in einer Entschliessung, die der Regierung und den Parteien zugeleitet worden ist, den Beginn einer Rückführung der überhöhten Mieten auf den Stand der Vorkriegszeit. Es müssten aber ungesäumt weitere Massnahmen ergriffen und bald durchgeführt werden, um das Endziel der Mietensenkung zu erreichen. Vordringlich.

sei eine weitere Senkung der Neubaumieten. Die Entschliessung des Reichsbundes beschäftigt sich dann mit dem Abbau der Mieterschutzgesetzgebung und stellt fest:

"Die Reichsregierung hat dem egoistischen und unsozialen Streben der Hausbesitzer nach beschleunigtem Abbau der gesamten Mieterschutzgesetzgebung stattgegeben, indem sie den erst vor einem Jahr festgesetzten Endtermin für die Geltung des Reichsmieten- und des Mieterschutzgesetzes durch die Vierte Notverordnung um volle drei Jahre, nämlich auf den 1. April 1933, vordatiert hat. Die Verheissung der Reichsregierung, dass vor dem Ausserkrafttreten dieser beiden Gesetze die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches über die Miete "unter sozialen Gesichtspunkten ausgestaltet" werden sollen, hat an Wert verloren durch die Tatsache, dass neben anderen - zum Teil recht weitgehenden - Lockerungen die Beseitigung der Laienbeisitzer bei den Mieteinigungsämtern und den Mietschöffengerichten zum 1. Januar 1932 verordnet worden ist; bildet doch die Laiengerichtbarkeit einen wesentlichen Bestandteil des vom Reichsbund Deutscher Mieter geforderten sozialen Miet- und Wohnrechts. Auch die Beseitigung des Schutzes für die Neubaumieter und die Untermieter greift in die für die Mieter zu schaffenden neuen Sicherungen in erheblichem Masse ein. Der Vorstand des Reichsbundes erhebt gegen die entsprechenden Bestimmungen der Vierten Notverordnung schärfsten Protest, insbesondere auch gegen die Ausserkraftsetzung des Wohnungsmangelgesetzes zum 1. April 1933, die sich umso ungünstiger für die Mieterschaft auswirken muss, als der Wohnungsbau gerade infolge der rigorosen Vorschriften der Notverordnungen fast völlig zum Erliegen gebracht worden ist. Ein Sturm der Entrüstung aber geht durch die Reihen der Mieterschaft infolge der Bestimmungen der Notverordnung über den völligen Abbau der Hauszinssteuer zum alleinigen Nutzen des Hausbesitzes. Obwohl die Hauszinssteuer den Vorteil des Hausbesitzes aus der Enteignung der Hypothekengläubiger - wenigstens zu einem erheblichen Teil - dem Staat zuführen soll, ist die staffelweise Beseitigung dieser Steuer bis zum 1. April 1940 und die Zulässigkeit der Ablösung der Steuerleistung zum drei- bis dreieinhalbfachen Jahresbetrage - beides lediglich zugunsten des Hausbesitzes - verordnet worden und zwar in einem Zeitpunkt, in welchem nicht nur der Staat grösste finanzielle Not leidet, sondern auch die breiten Massen der Mieterschaft, welche die enormen Summen der Hauszinssteuer aufbringen müssen, in grösster wirtschaftlicher Bedrängnis sind. Praktisch wird dem Hausbesitz mit dieser Regelung ein Kapitalgewinn in Höhe von 40 bis 50 Milliarden Mark zugeführt, der aus der Enteignung der Hypothekengläubiger stammt. Hiergegen wird die im Reichsbund Deutscher Mieter organisierte Mieterschaft mit aller Entschiedenheit ankämpfen, weil die Vorteile aus der Entschuldung des Hausbesitzes der Allgemeinheit gebühren und von dieser zugunsten der Wohnungswirtschaft (Neubautätigkeit) Mietsenkung, Sanierung schlechter Wohnviertel usw.) verwendet werden müssen, nicht aber den einzelnen Hausbesitzern in Gestalt riesiger Deflationsgewinne zufließen dürfen. Dieses Milliarden Geschenk an den durch die Zinssenkung schon reichlich genug bedachten Hausbesitz kann und darf nicht zur Tatsache werden!"

SPD. Am Mittwoch beginnen die Verhandlungen zwischen dem Deutschen Städte tag, der Spitzenorganisation der deutschen Städte, und dem Freiskommissar Dr. Gördeler, um die von der Regierung versprochene Senkung der Tarife für Gas, Wasser und Elektrizität usw. und der Verkehrspreise in die Wege zu leiten. Man steht auf dem Standpunkt, dass der durch die Notverordnung diktierte Lohnabzug, die Verbilligung der Rohstoffe, z.B. der Kohle, den Verbrauchern voll und ganz zugute kommen müsse. Nun ist aber der Anteil des Lohnes an den Gesteungskosten bei den in Frage kommenden städtischen Unternehmungen nicht so gross wie in der übrigen Industrie und zwar deshalb, weil die Gesteungskosten bei diesen städtischen Werken durch Abgaben an die Städte belastet sind. Es handelt

sich um die sogenannten Kämmerereiabgaben, die die Städte einziehen, um die Fürsorge für die Erwerbslosen usw. durchführen zu können. Dass hier angesichts der Lage auf unseren Arbeitsmärkten keine grossen Eingriffe gemacht werden können, versteht sich wohl von selbst. Andererseits wird die Oeffentlichkeit auf eine Preissenkung nicht verzichten wollen und infolge des Lohnabbaus auch nicht verzichten können. Um dieser Forderung entgegen zu kommen, werden Projekte erwogen, die u.a. darauf hinzielen, die Kämmerereiabgaben zu kürzen und für diese Kürzungen anderweitig Ersatz zu schaffen. Bei den Verkehrspreisen kann an sich eine Kürzung der Kämmerereiabgaben um den Betrag der wegfallenden Verkehrssteuer vorgenommen werden. Anders liegt es bei Gas, Wasser und Elektrizität. In Kreisen des Deutschen Städtetages steht man hier auf dem Standpunkt, eine Kürzung der Kämmerereiabgaben unter der Voraussetzung vornehmen zu können, dass das Reich den Gemeinden beispringt. Die Forderung der Städte läuft also auf eine neue Reichshilfe hinaus, die die Regierung bereits im Anfang November zugesagt hat.

SPD. Die Aufhebung der Goldwährung in Japan hat in der ganzen Welt ein lautes Echo gefunden. Es ist nicht nur die Tatsache, dass ein weiteres grosses Land vor inflationistischen Methoden kapituliert und dass sich das Bestreben, zu einer internationalen Regelung auf dem Währungsgebiet zu kommen, verstärken muss, die dabei eine Rolle spielt, sondern die andere Tatsache, dass der Handel mit Ostasien stark betroffen wird.

Hier sind es zunächst die Engländer, die gewissermassen mit ihren eigenen Waffen geschlagen werden. Ein Zeichen dafür ist, dass die Nachricht von der Aufhebung der japanischen Goldwährung gerade in den Baumwollverarbeitungsbezirken von Lancashire Bestürzung ausgelöst hat. Der englische Baumwollexport hat sich nach und nach in China ein bedeutendes Absatzgebiet erobert. Wie die Engländer unter dem Boykott in Indien leiden, so wird der japanische Export durch den chinesischen Boykott betroffen. In dem Masse, wie die Japaner in Indien an die Stelle der Engländer zu rücken versuchten, konnten z.B. die grossen englischen Baumwollfirmen die japanischen Waren aus China verdrängen. Begünstigt wurden sie dabei durch die englische Pfundentwertung. Diese Begünstigung fällt nun weg.

Andererseits hat die südafrikanische Union in Japan einen guten Abnehmer für Wolle gewonnen. Man dachte in Südafrika daran, diese Handelsbeziehungen immer enger zu gestalten. Die Inflation des Yen macht einen Strich durch diese Rechnung. Es ist deshalb kein Wunder, dass in der südafrikanischen Union, die im Gegensatz zu England an der Goldwährung festgehalten hat, der Gedanke erwogen wird, England und Japan auf dem Wege der Inflation zu folgen. Aehnliche Gerüchte beziehen sich auf Holland, das durch seine indischen Kolonien ja stark in der japanischen Gefahrenzone liegt.

Selbstverständlich handelt es sich um erste Eindrücke und um Gerüchte.. Ob man in den in Frage kommenden Ländern die Goldwährung über Bord werfen wird ist eine Angelegenheit, die man sich sicherlich noch reiflich überlegt, wenn die erste Panik überwunden ist.

SPD. Etwas schneller als im Favagprozess hat die Staatsanwaltschaft in der Angelegenheit Schultheiss gegen die ehemaligen Generaldirektoren des Spritkonzerns Ludwig Katzenellenbogen, Penzlin, Dr. Sobernheim, Kuhlmei und Funke Anklage erhoben. Die Anklage erstreckt sich auf die Stützungskäufe in Schultheissaktien, die der Aufsichtsratssitzung vom 16. November 1930 und der Generalversammlung vom 3. Januar 1931 verschwiegen worden sind. Die da=

durch entstandenen Schulden sind in einem Prospekt nicht erwähnt worden, auch wurden sie nicht in die Bilanz der Ostwerke aufgenommen. Ludwig Katzenellenbogen wird der besondere Vorwurf gemacht, dass er über die Ludwig Katzenellenbogen G.m.b.H. an den ganzen Stützungskäufen persönlich verdient hat. Die Anklage lautet auf Bilanzverschleierung, Untreue und Prospektvergehen.

SPD. Zwischen Deutschland, Belgien, Holland, Dänemark, der Tschechoslowakei und Ungarn ist eine Vereinigung für das Drahtgewerbe zustande gekommen, die den Namen Iweco führt. Deutschland ist daran mit 50 Prozent beteiligt.

Berliner Viehmarkt.

(15. Dezember.)

SPD. Das Geschäft auf dem Hammelmarkt verlief im allgemeinen glatt. Die Preise zogen auch dort, wo das Angebot nicht all zu reichlich war, an. Auf dem Schweinemarkt gab es Preisabschläge bei reichlichem Angebot. Das Geschäft verlief ruhig. Abschläge gab es auch auf dem Kälbermarkt. Geringe Kälber konnten jedoch die letzten Notierungen behaupten. Auf dem Rindermarkt genügte der Auftrieb.

Notierungen: Schweine: a) (über 300 Pfund) - (-), b) (240-300 Pfd.) 41-42 (42-43), c) (200-240 Pfd.) 38-41 (40-42), d) (160-200 Pfd.) 35-38 (36-39), e) (120-160 Pfd.) 32-35 (33-35), Sauen 35-37 (37-38). Schafe: b) 34-36 (33-35), c) 28-33 (28-33), d) 15-21 (19-23). Kälber: b) 40-52 (43-53) c) 27-40 (28-42), d) 18-25 (18-25). Kühe: a) 24-26 (24-28) b) 17-22 (18-23), c) 12-15 (13-16), d) 8-10 (9-12).

Buttermarkt.

SPD. Berliner Butterpreise vom 15. Dezember. Amtliche Notierung ab Erzeugerstation, Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten: I. Qualität 107, II. 100, abfallende Sorten 90 RM. Tendenz: stetig.

SPD. Der Grosshandelsindex hat sich in der ersten Dezemberwoche - 1913 = 100 gesetzt - von 105,7 auf 104,6 gesenkt. Die Verringerung beträgt rund 1 Prozent. Mit Ausnahme der Kolonialwaren hat sich der Index aller Gruppen verringert. Am grössten ist die Verringerung beim Agrarindex.

SPD. Die Büros und Kassen der Reichshauptbank werden Donnerstag, den 24. Dezember von 12 Uhr mittags ab geschlossen sein.

Steigerungen um rund 1 Mark.

(Berliner Getreidebörse vom 15. Dezember)

SPD. Die Berliner Produktenbörse verkehrte am Dienstag in etwas festerer Stimmung. Am Markte der Zeitgeschäfte lagen schon die Eröffnungsnotierungen etwas höher und diese Bewegung konnte sich im Verlaufe der Börse weiter fortsetzen. So ergaben sich zum Schluss Preissteigerungen von etwa 1 Mark beim Weizen und etwa 1 bis 1½ Mark beim Roggen. Auch im Handel mit effektiver Ware konnten die Preise für beide Brotgetreidearten um eine Mark anziehen. Das Angebot war sehr klein und obwohl die Nachfrage nur gering war, war es doch schwer, den laufenden Bedarf zu decken. Auf das Mehlgeschäft hat sich diese Lage noch nicht ausgewirkt. Hier wickelte sich der Handel weiter sehr schlep- pend ab. Die Mühlen stellten unveränderte Forderungen. Hafer hatte eine etwas freundlichere Stimmung; jedoch fanden nur kleinere Umsätze zu letzten Preisen statt.

	14. Dez.	15. Dez.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	210 - 212	211 - 213
Roggen	188 - 191	189 - 192
Braugerste	151 - 164	151 - 164
Futter- und Industrierogste	147 - 150	147 - 150
Hafer	131 - 139	132 - 140
Weizenmehl	27,00 - 31,00	27,00 - 31,00
Roggenmehl	25,80 - 27,80	25,80 - 27,80
Weizenkleie	9,25 - 9,50	9,25 - 9,50
Roggenkleie	9,75 - 10,25	9,75 - 10,25
Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Dezember 224 - 224½, März 235½-236, Roggen Dezember 199½ Geld, März 207½-207¾, Hafer Dezember 151-151 Geld, März 156½-157½.		

Rauhfutternotierungen.

(15. Dezember)

Drahtgepresstes Roggenstroh (Quadratballen)	RH 0,75 - 0,90
" " Weizenstroh	RH 0,60 - 0,70
" " Haferstroh	RH 0,70 - 0,85
" " Gerstenstroh	RH 0,65 - 0,75
Roggen=Langstroh, 2 Mal mit Stroh gebündelt	RH 0,65 - 0,80
Bindfadengepresstes Roggenstroh	RH 0,50 - 0,60
" " Weizenstroh	RH 0,45 - 0,55
Häcksel	Tendenz still
Handelsübliches Heu, gesund und trocken	RH 1,20 - 1,40
Gutes Heu, gesund und trocken	RH 1,70 - 1,90
Luzerne, lose	RH 2,40 - 2,70
Thymothee, lose	RH 2,35 - 2,65
Kleghau, lose	RH 2,25 - 2,55
Drahtgepresstes Heu	RH 0,30 über Notiz

Tendenz ruhig.

Preussischer Landtag

SPD. Berlin, den 15. Dezember 1931.

Der Preussische Landtag trat am Dienstag zu seinem letzten Tagungsabschnitt in diesem Jahr zusammen. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete Präsident Wittmaack dem bei einem Sturz aus dem fahrenden Zuge tödlich verunglückten Abg. Leonhardt (Staatspt.) einen Nachruf, den das Haus stehend anhörte.

Der Eintritt in die Tagesordnung verzögert sich um etwa eine Stunde, da die Kommunisten nacheinander zahllose Anträge begründen, die entweder sofort auf die Tagesordnung gesetzt, oder den Ausschüssen überwiesen werden sollen.

Das Haus tritt danach in die Tagesordnung ein und beginnt mit der zweiten Lesung des vom Beamtenausschuss vorgeschlagenen Gesetzesentwurfs zur Umgestaltung des Dienststrafrechts der nichtrichterlichen Beamten.

Abg. Dr. von Kries (Dtn) erklärt, dass die plötzliche Verabschiedung dieser Disziplinarreform den Verdacht erwecken müsse, als wollten sich die jetzigen Linksbeamten unter einer etwa kommenden Rechtsregierung ausreichenden Schutz sichern. Der Entwurf enthalte manche anfechtbare Bestimmung, nichtsdestoweniger sei anzuerkennen, dass die Vorteile überwiegen.

Abg. Simon-Neusalz (Soz.):

Die Vermutung des Vorredners, dass die Linksbeamten in der Vorlage für sich einen persönlichen Schutz sehen, geht völlig fehl. Auch Abg. von Kries hat die Rückständigkeit des jetzt geltenden Disziplinarrechts, das aus dem Jahre 1852 stammt, anerkannt. Er selbst gehörte dem früheren Dreiklassenhause seit langem an, aber auch er hat in dieser Zeit nichts getan, um das völlig veraltete Disziplinarrecht den modernen Bedürfnissen anzupassen. Wenn das neue Preussen bis jetzt damit gewartet hat, so deshalb, weil man der Neuregelung durch das Reich nicht vorgreifen wollte. Die Vorlage bringt erhebliche Änderungen des geltenden Rechts und die Beschlüsse des Reichsrates zur Reichsdienststrafordnung sind in die Vorlage z.T. übernommen.

Darüber hinaus aber bringt die preussische Novelle noch eine Reihe von Verbesserungen. So tritt an die Stelle von Strafversetzungen die Gehaltskürzung um höchstens $\frac{1}{5}$ des Gehaltes und auf längstens 5 Jahre. Neu ist auch die Einführung einer Verjährungsfrist von 5 Jahren, die bei strafrechtlichen Verfehlungen nicht vor Verjährung der Straftat eintritt.

Bei Ordnungsstrafen muss die Anhörung der Beamten erfolgen und gegen den Strafbescheid wird Beschwerde binnen eines Monats zulässig sein. Ferner ist für den Angeschuldigten jetzt nicht nur in der Hauptverhandlung, sondern auch in der Voruntersuchung die Stellung eines Verteidigers zulässig. Neben den Rechtsanwälten dürfen auch Beamte und vor allem Vertreter von Beamtenorganisationen als Verteidiger bestellt werden. Auf Verlangen muss Einsicht in das Aktenmaterial gewährt werden. Auch soll der Beamte das Recht bekommen, ein förmliches Dienststrafverfahren gegen sich selbst zu beantragen.

Eine entscheidende Änderung liegt in der völlig neuen Gestaltung der Dienststrafgerichte. Während die Verwaltungsbehörden zugleich Disziplinargerichte erster Instanz, also bis jetzt zugleich Kläger und Richter waren, werden jetzt Dienststrafkammern für die erste Instanz bei den Regierungen und als zweite Instanz der Dienststrafhof in Berlin gebildet. Neben richterlichen Beisitzern werden künftig Beisitzer aus der Beamtenschaft sitzen. Ferner wird die Hauptverhandlung öffentlich sein.

Neu ist auch, dass die vorläufige Dienstenthebung auch ohne Einkommensminderung erfolgen kann. Vor allem aber ist auch das Wiederaufnahmeverfahren mit rückwirkender Kraft vorgesehen und damit sind auch zum Teil die Vorschriften

ten des Artikels 129 der Reichsverfassung erfüllt.

Sicherlich ist mancher berechtigten Forderung der Beamten und ihrer Organisationen nicht Genüge geschehen. Nichtsdestoweniger ist die Novelle ein erheblicher Fortschritt in der Beseitigung der ürgsten Misstände eines völlig veralteten Disziplinalgesetzes, das aus der Zeit der schwärzesten Reaktion Preussens nach 1848 stammt. Mit Ausnahme der Kommunisten haben fast alle Parteien im Ausschuss an dieser Neugestaltung des Beamtenrechtes mitgearbeitet, die jetzt im Einvernehmen mit dem Innenministerium verabschiedet werden soll. So legt schliesslich auch diese Novelle Zeugnis ab von dem ernstesten Aufbauwillingen der Regierung Braun-Severing! (Lebhafter Beifall b.d. Soz.)

Abg. Dr. Ausländer (Komm) lehnt die Vorlage ab. Die Parteien wollten damit die schwergeschädigten Beamten nur hinhalten. Dieses Weihnachtsgeschenk sei ein uraltes Schaukelpferd, dem man lediglich einen neuen Kopf auf- und einen anderen Schwanz eingesetzt habe.

Die Abgg. Meyer-Herford (DVP) und Barteld (Stp.) stimmen der Vorlage zu.

In der Abstimmung wird der Entwurf in der Ausschussfassung im wesentlichen unverändert angenommen. Die dritte Lesung soll noch in dieser Woche stattfinden.

Es folgt die zweite Beratung der Uranträge der Rechtsparteien auf Abänderung des Gesetzes über das Verfahren bei Volksbegehren und Volksentscheiden.

Die von den Rechtsparteien verlangte Änderung will die Staats- und Kommunalbehörden verpflichten, das verfassungsmässige Recht jedes Staatsbürgers, an Volksbegehren und Volksentscheiden teilzunehmen, angeblich gegen jeden Eingriff von dritter Seite zu schützen und sich selbst aller Massnahmen zu enthalten, in denen eine direkte Beeinträchtigung dieses Rechtes zu erblicken ist. - Diese Änderung will also es der Staatsregierung künftig unmöglich machen, wie z.B. unmittelbar vor dem Volksentscheid, in einer Verlautbarung durch die Presse selbst zu den schwebenden politischen Fragen Stellung zu nehmen.

Auf Antrag des Abg. Falk (Staatsp.) wird die Vorlage an den Ausschuss zurückverwiesen.

Bei Beratung der Hauptausschussberichte wird die von der Landvolkspartei geforderte Senkung der Spitzenwerte in der Landwirtschaft bei den Steuerveranlagungen mit Mehrheit abgelehnt.

Ferner werden die Geschäftsberichte der Preussischen Bergwerks- und Hütten A.G., der Gesellschaften Recklinghausen und Hibernia durch Kenntnisnahme für erledigt erklärt.

Hierauf vertagt sich das Haus auf Mittwoch 12 Uhr. Tagesordnung: Aussprache über das deutschnationale Misstrauensvotum gegen den neuen Finanzminister Dr. Klepper, sozialdemokratische Anträge über Willkürmassnahmen des ostpreussischen Landwirtschaftsverbandes und über ungenügenden Polizeischutz bei Durchführung von Zwangsvollstreckungen in Schleswig-Holstein.